



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 57 April/1 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Wie dumm sind eigentlich die Staatsführenden der Europastaaten, bis diese endlich wahrnehmen, dass sie von Amerika betrogen werden und dieses Europa bereits rundum beherrscht und es zudem die Weltherrschaft anstrebt?

Besorgte europäische Bürgerinnen und Bürger

**«...sonst müssen wir diese Regierung ablösen»
– Ziele und Ambitionen einer neuen Friedensbewegung**

29 Mär. 2023 20:05 Uhr

Bildet sich in Deutschland eine Friedensbewegung, die sich Gehör und Einfluss auf breitere Bevölkerungsmassen verschaffen kann – über die Milieugrenzen der sogenannten Ostalgiker hinweg? Nach einer Berliner Fach-Konferenz zum Krieg in der Ukraine ist diese Frage berechtigt.

Vortragsredner Wolfgang Effenberger, ehemaliger Bundeswehr-Angehöriger, Buchautor und Publizist.
Von Wladislaw Sankin

Einzel, auch in Gruppen, huschten Besucher am Infoschalter im Verlagsgebäude Neues Deutschland am Berliner Ostbahnhof vorbei, an diesem bundesweiten Streiktag der Deutschen Bahn. Ihr Ziel war ein unspektakulär als «Seminarraum 1» markierter schmaler Konferenz-Saal im ersten Stock. Für die meisten hier im Ostberliner Friedrichshain ein seit langem vertrauter Ort für Diskussionen und Treffen. Diesmal hiess der Titel «Dialog statt Waffen. Überparteilich gegen den Krieg». Ohne den Verkehrsstreik hätte sich der Raum hier sicher komplett gefüllt. Aber immerhin kamen knapp hundert Teilnehmer. Neun Video-Kameras wurden aufs Podium gerichtet, darunter eine des chinesischen Fernsehens.

Viele der Versammelten waren gleichzeitig auch Redner – hochrangige Offiziere und Generäle der NVA und Militärangehörige der Bundeswehr, Wissenschaftler, Autoren, Friedensaktivisten. Organisiert wurde die Konferenz vom Ostdeutschen Kuratorium der Verbände e. V. (OKV), der unter seinem Dach 28 Vereine beheimatet. Durch einen Spendenaufruf in befreundeten Medien haben die Veranstalter genug Geld auch für eventuelle Folgeveranstaltungen gesammelt und eine Aufklärungskampagne zu den Ursachen und möglichen Folgen des Krieges in der Ukraine gestartet. Reden und Aufsätze gibt es nun in Druckform und im Internet.



Außenminister Genscher neben USA Secretary Baker 1990 in Washington: Keine Osterweiterung der NATO

B Björn Hünxe
37 Abonnenten

Abonnieren

99

Teilen

Herunterladen

Speichern

...

6.451 Aufrufe 30.11.2021

Den aus Deutschland abziehenden Russen wurde 1990 zugesagt, dass sich die Nato nicht nach Osten ausbreiten werde. In diesem Video - zusammen mit dem USA-Außenminister Baker - stellt der deutsche Außenminister das noch einmal klar. Pressekonferenz in Washington.

The Russians withdrawing from Germany were promised in 1990 that Nato would not expand eastwards. In this video - together with the US Secretary of State Baker - the German Foreign Minister clarifies this once again. Press conference in Washington.

Den aus Deutschland abziehenden Russen wurde 1990 zugesagt, dass sich die Nato nicht nach Osten ausbreiten werde. In diesem Video – zusammen mit dem USA-Aussenminister Baker – stellt der deutsche Aussenminister das noch einmal klar. Pressekonferenz in Washington.

The Russians withdrawing from Germany were promised in 1990 that Nato would not expand eastwards. In this video – together with the US Secretary of State Baker – the German Foreign Minister clarifies this once again. Press conference in Washington.

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=IwgLjPrPeY>

Angestossen wurde die Veranstaltung von zwei emotionalen Briefen der NVA-Generäle a.D. Sigmar Daum und Manfred Grätz an die Russische Botschaft, die am 31. Januar veröffentlicht wurden. «Wut kocht in mir hoch, wenn ich die völlig haltlose einseitige Schuldzuweisung an Russland verfolgen muss», schrieb Manfred Grätz und forderte Gleichgesinnte zu aktiverer Protesttätigkeit auf – «sofern ihr noch rüstig seid». Danach haben sich viele weitere hochrangige Militärangehörige der NVA mit den beiden Verfassern solidarisiert. Nun versuchen die ostdeutschen Friedensvereine mit der Initiative eine breitere Friedensbewegung aus dem Boden zu stampfen.

Die Organisatoren und mehrere Redner des Forums machten deutlich: Parteipolitische und weltanschauliche Differenzen sollen für alle Friedensbewegten zurückgestellt werden. Kontaktverbote zur AfD und generell nach «rechts» wurden als linkssektiererisch angeprangert. Sie betonten, es müsse nicht einfach ein abstrakter Frieden angestrebt werden, denn darunter wird in der Regel der Sieg der Ukraine und des

Westens über die Atom-Supermacht Russland verstanden. Das sei ein selbstmörderisches Ziel. Die neue Friedensbewegung soll ausdrücklich «Frieden mit Russland» auf ihre Fahnen schreiben.

«Denn Frieden mit Russland bedeutet nicht nur die Beendigung des US-/NATO-Krieges in der Ukraine und dessen potentieller Ausweitung auf den Rest Europas, sondern auch das Ende der Deindustrialisierung Deutschlands durch die USA.»

Das Angebot einer Öffnung «nach rechts» zwecks Frieden wurde gehört. Unter den Anwesenden war auch der Chef-Redakteur eines in rechtsnationalen Kreisen bekannten Magazins. Wie auch der Autor dieser Zeilen sprach er in den Pausen mit Organisatoren der Veranstaltung. In seinen Medien wird nun eine verstärkte Zusammenarbeit der linken und rechten Opposition gefordert – als «winzige Chance, den endgültigen Untergang der Demokratie in Deutschland zu verhindern».

Eine scharfe politische Analyse und Zustandsbeschreibung steht am Anfang jeder Bewegung. So auch am Montag im Konferenz-Saal in Berlin-Friedrichshain. Die Redner waren sich einig. Schuld am gegenwärtigen Krieg seien die USA und die NATO. Die einflussreichen Verfechter der Wolfowitz-Doktrin in den USA hätten seit langem einen Schlag gegen Russland mit dem nachfolgenden Ziel der Zerstückelung des Vielvölkerstaates auf drei bis zwölf Nationen angestrebt, betonte die Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) Helga Zepp-LaRouche. Bei den deutschen Medien ernte diese Aktivität wohlwollende Zustimmung, kritisierte sie. Deutschland müsse sich statt mit der NATO mit den Ländern des Globalen Südens verbünden, war ihr Lösungsansatz zur Krisenbewältigung zu Zeiten des Kampfes des einstigen Welthegemons für den Erhalt der unipolaren Weltordnung.

Deutsche Aussenpolitik stand auch im Mittelpunkt des analytischen Vortrags des Physik-Wissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wernicke. Er sah den Krieg in der Ukraine als Folge des «deutschen Fehlverhaltens», das er an zehn Schritten festmachte, angefangen mit der Täuschung Gorbatschows über die NATO-Osterweiterung bis zum Betrug beim Minsker Abkommen und der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und «zwar in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es bestehen keine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine, weder über die NATO noch über die EU.»

Deutschland habe für die USA auf dem europäischen Kontinent eine entscheidende geostrategische Position und ein Verlust dieser logistischen Drehscheibe für das US-Militär würde das System der militärischen Kontrolle der ganzen Region durch die USA zum Einsturz bringen. Die europäischen NATO-Truppen bezeichnete Wernicke in diesem Zusammenhang als US-Fremdenlegion.

Der Vorsitzende des Deutschen Friedensrates Gerhard Fuchs-Kittowski wies in seinem Vortrag und abschliessenden Gespräch mit dem Autor dieser Zeilen auf die Verletzung des völkerrechtlich bindenden Zwei-plus-Vier-Vertrages hin, wonach es u.a. nicht erlaubt sei, Truppen und Militärgerät über das Territorium der ehemaligen DDR in Richtung Osten zu verlegen. Ministerpräsidenten ostdeutscher Bundesländer müssten durch öffentlichen Druck dazu gedrängt werden, sich gegenüber der aktuellen Waffenlieferung durch Ostdeutschland querzustellen.

Er erinnerte auch an die Tradition der überparteilichen Runden Tische zur späten DDR-Zeit, die eine gewaltlose Übergangszeit ermöglichten.

«Bei einer Regierung, die von einem politischen Kurs nicht abweicht, den wir nicht mittragen wollen und der uns mit Russland verfeindet, was wir nicht wollen, dass wir im schlimmsten Fall nach unserem Grundgesetz, diese Regierung unter Umständen sogar ablösen müssen. Das gebietet sogar unser Grundgesetz.»

Soweit müsse es aber nicht kommen, wenn man sie zu einem Runden Tisch zwingt und bei Diskussionen zur Rechtfertigung drängt.

Auch der Publizist und ehemalige Aufklärer im NATO-Hauptquartier Rainer Rupp sieht Chancen für Runde Tische als Plattform, wo kritische Menschen aus dem Mainstream und Friedensaktivisten wie er und seine Mitstreiter zusammentreffen können. «Es gibt Menschen aus dem Mainstream, die auch anerkennen, dass es soweit gar nicht gehen kann ... Mit denen müssten wir eine möglichst breite, überparteiliche Front gegen diesen US-NATO-Krieg gegen Russland schaffen», sagte er im anschliessenden Gespräch.

Ganz zentral ist bei der Suche nach einem gemeinsamen Nenner in der künftigen Friedensbewegung die Frage der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine. Friedensaktivist Fuchs-Kittowski macht in seinem Redebeitrag deutlich:

«Der Knackpunkt ist nicht, ob man für die Ukraine oder für Russland sei. Der Knackpunkt ist, ob man für oder gegen Waffenlieferungen eintritt ... Der Feind steht nicht links oder rechts, der Feind steht woanders, denn wir sind für den Frieden, egal in welcher Partei sich die Menschen engagieren.»

Andere Teilnehmer des Forums wiesen in den Gesprächen daraufhin, dass die wirtschaftlichen Folgen des beispiellosen Sanktionskrieges gegen Russland für dessen Urheber in Deutschland mittelfristig einen Bumerang-Effekt verursachen können. Deindustrialisierung, Teuerung der Energiepreise und Schliessung der Betriebe würde schliesslich auch der Jugend die Zukunft rauben und für deren politisches Aufwachen sorgen. Darin liege die Chance, dass Friedensaktivismus des ostdeutschen Schlags den bundesweiten Widerhall in breiteren Bevölkerungsschichten findet. Aber auch für sich genommen, sei er eine ungeheure

Kraft – das hätten die Proteste mit 50'000 Teilnehmern am 25. Februar im Berliner Regierungsviertel gezeigt.

Die Teilnehmer der Konferenz nahmen mit ihrer NATO- und US-Kritik kein Blatt vor den Mund und weigerten sich vehement, Russland Schuld an dem Konflikt zu geben – in dieser Deutlichkeit und intellektueller Schärfe wahrscheinlich zum ersten Mal seit Beginn der russischen Spezialoperation. Politisch korrekte Disclaimer, dass auch Russland für dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine scharf zu verurteilen sei – typisch für viele gemässigte Kritiker der Waffenlieferungen und Verfechter einer differenzierteren Sichtweise auf den Konflikt – wurden in dieser Runde komplett über die Bande geworfen. Rainer Rupp warnte in diesem Zusammenhang in einem Artikel bei RT DE bereits im Vorfeld der Konferenz vor «Fake-Friedendemos».

Den zentralen Punkt im Mainstream-Narrativ über den Konflikt, Russland der unprovokierten Aggression zu bezichtigen, erwiderte Kitt-Kotowski in seiner Rede mit dem folgenden Machiavelli-Zitat.

«Nicht wer zuerst die Waffen ergreift, ist der Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.»

Ob schliesslich die Angst vor möglichen Schlägen Russlands auf US-Basen auf dem deutschen Territorium infolge der weiteren Eskalation des Konflikts die Menschen massenhaft auf die Strasse treiben wird, so wie es einst im Zuge der Pershing-Proteste der Achtziger der Fall war, ist immer noch ungewiss. Bezeichnend ist jedoch, dass sich in der Friedensbewegung ein radikalerer Kern herausgebildet hat, der nun entschlossen ist, das offene Dissidententum zu wagen und die organisatorische Last für die Erweiterung der Protestfront auf sich zu nehmen.

Voraussetzung dafür bleibt allerdings nach wie vor die Spendenbereitschaft und eine breite Unterstützung auf lokaler und regionaler Ebene. Der Druck auf Landesregierungen könnte auch ein Weg sein für das Erreichen der politischen Ziele. Was heute utopisch klingt, kann morgen wegen einer weiteren Eskalation des Krieges oder weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse Realität werden.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/166513-sonst-muessen-wir-regierung-abloesen-ziele-ambitionen-einer-neuen-friedensbewegung/>

Robert W Malone: Gehirn-Computer-Schnittstellen-Systeme

Wissenschaft/ Neue Technologien/Künstliche Intelligenz(KI)/Energie/ Transhumanismus

Wie viele wissen, habe ich ausführlich über die Gefahren des Transhumanismus geschrieben und gesprochen, der vom Militär auch als «Human Augmentation» oder «Human Enhancement» bezeichnet wird. Einer meiner jüngsten Aufsätze trug den Titel «Physicals, Virtuals, Machines and Overlords: Ist die dunkle Vision eines neuen Kastensystems für die vierte Revolution unausweichlich?»

Die Beschränkungen für diese Forschung liegen derzeit allein in der informierten Zustimmung und den normalen bioethischen Vorschriften, die für jede klinische Studie erforderlich sind. In der Tat wurde der SIENNA-Bericht in Auftrag gegeben, um die ethischen Richtlinien einer solchen Forschung zu untersuchen, und der Bericht greift im Wesentlichen auf dieselben Regulierungsprozesse zurück, die derzeit gelten und die in meinem Aufsatz «Ethical Parameters for Human Enhancement?» nachzulesen sind.

Tatsache ist, dass diese sich schnell entwickelnden Technologien trotz der bereits bestehenden klinischen Studien unter das alte Sprichwort fallen: «Nur weil man etwas tun kann, heisst das noch lange nicht, dass man etwas tun sollte.»

Wir brauchen nicht noch mehr Richtlinien oder Vorschriften, die in Zeiten von Zwang oder «Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit» gebrochen werden können, um zu entscheiden, ob diese Technologien dem Wohl der Gesellschaft dienen oder nicht. Solche «prozessorientierten» Verfahren gehen am Thema vorbei.

Die Zukunft ist da, T.H.G., März 28, 2023



agsandrew/Shutterstock

Was wir brauchen, sind Politiker und/oder Regierungen, die sich zusammensetzen und Studien in Auftrag geben, ohne Interessenkonflikte mit der Biotechnologie und dem Militär, um festzustellen, ob die Menschheit von diesen Erfindungen profitieren wird oder ob sie eher Schaden nehmen wird. Wir brauchen eine nationale und globale Antwort, sogar einen Vertrag, in Bezug auf die immer stärkere Betonung der Entwicklung der menschlichen Augmentation in unserem militärischen und zivilen Leben, die jetzt eine akzeptierte Realität ist. Als Welt können wir einfach nein sagen. Die Welt hat viele Technologien als zu gefährlich oder moralisch falsch abgelehnt. Die Menschheit hat eine Wahl zu treffen. Lassen Sie uns diese Entscheidung treffen, lassen Sie uns die menschliche Augmentation verbieten oder zumindest Beschränkungen für diese Technologien festlegen. Echte Richtlinien, die Nutzen und Risiko für die Menschheit abwägen. Ich gehe jede Wette ein, dass eine echte Bewertung einen Grossteil dieser Forschung im Keim ersticken würde.

Denken Sie nur an all die Entscheidungen, die die Welt getroffen hat, weil etwas ethisch vertretbar ist. Wir verwenden die Körper unserer Toten nicht als Nahrungsmittel oder sogar als Dünger. Wir erlauben generell keinen Inzest. Wir erlauben keinen Mord, keine Menschenopfer und keine Menschen, die als unfreiwillige Organtransplantate verwendet werden. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Sogar Technologien wurden verboten, weil sie als moralisch oder ökologisch bedenklich eingestuft wurden. In den USA werden fast nie neue Dämme an grossen Flüssen zur Erzeugung von Strom aus Wasserkraft genehmigt. Wir erlauben nicht, dass Senfgas im Krieg eingesetzt wird. Offensive Biokriegsführung ist nicht erlaubt. Wir haben Atomabkommen. Die menschlichen Zivilisationen haben gezeigt, dass sie Nein sagen können.

Ebenso haben sich viele Technologien als zu gefährlich erwiesen. Zumindes im Moment dürfen unsere Autos nicht durch Kernspaltung angetrieben werden. Nach dem Hindenburg-Unglück von 1937 wurde die Idee von Wasserstoffschiffen für den Flugverkehr aufgegeben. Die menschliche Gesellschaft kann und hat genug gesagt, wenn Technologien nicht sicher sind.

Warum also gibt es so wenig Widerstand gegen die Vorstellung, dass die Veränderung von Menschen zum individuellen, militärischen oder gesellschaftlichen Nutzen in Ordnung ist? Obwohl Ethiker schon seit Generationen vor dem Missbrauch und den potenziell katastrophalen Folgen dieser Technologien warnen. Dystopische Zukunftsvisionen über die schrecklichen Folgen, die diese Technologien für die Menschheit haben könnten, gibt es zuhauf. Und doch halten «wir» daran fest.

Als ich die Entwicklung dieser Technologien verfolgte, wurde ich kürzlich auf den unten zitierten Artikel in Science Daily aufmerksam gemacht.

Aber sehen Sie sich bitte zuerst dieses dreiminütige Video an, das zeigt, was Forscher in den Defense and Space Labs der University of Technology Sydney, AU, entwickelt haben. Dabei handelt es sich um eine Biosensortechnologie, die den Betrieb von Geräten, z.B. von Robotern und Maschinen, durch Gedanken steuern kann.

Roboter mit Gedankenkontrolle werden Realität

März 2023, Science Daily

Zusammenfassung: University of Technology Sydney- Forscher haben eine Biosensortechnologie entwickelt, mit der man Geräte wie Roboter und Maschinen allein durch Gedankensteuerung bedienen kann.

RWM: Beachten Sie, wie die Autoren diese Forschung personalisieren – durch die Verwendung des Personalpronomens «wird es Ihnen ermöglichen». Sie verkaufen Ihnen also die Technologie. Fallen Sie nicht auf diesen Marketingtrick herein.

Forscher der University of Technology Sydney (UTS) haben eine Biosensortechnologie entwickelt, die es Ihnen ermöglichen wird, Geräte wie Roboter und Maschinen allein durch Gedankensteuerung zu bedienen. Die fortschrittliche Gehirn-Computer-Schnittstelle wurde von Professor Chin-Teng Lin und Professorin Francesca Iacopi von der Fakultät für Ingenieurwissenschaften und IT der UTS in Zusammenarbeit mit der australischen Armee und dem Defence Innovation Hub entwickelt.

Die Technologie kann nicht nur im Verteidigungsbereich, sondern auch in Bereichen wie der modernen Fertigung, der Luft- und Raumfahrt und der Gesundheitsfürsorge eingesetzt werden, beispielsweise um Menschen mit Behinderungen die Steuerung eines Rollstuhls oder die Bedienung von Prothesen zu ermöglichen.

«Die freihändige, sprachgesteuerte Technologie funktioniert auch ausserhalb von Laboratorien, jederzeit und überall. Sie macht Schnittstellen wie Konsolen, Tastaturen, Touchscreens und Handgestenerkennung überflüssig», sagte Professorin Iacopi.

«Durch die Verwendung modernster Graphen-Materialien in Kombination mit Silizium konnten wir die Probleme der Korrosion, der Haltbarkeit und der Hautkontaktbeständigkeit überwinden, um die tragbaren Trockensensoren zu entwickeln», sagte sie.

Eine neue Studie, die die Technologie beschreibt, wurde soeben in der von Experten begutachteten Zeitschrift ACS Applied Nano Materials veröffentlicht. Sie zeigt, dass die an der UTS entwickelten Graphen-Sensoren sehr leitfähig, einfach zu bedienen und robust sind.

Die sechseckigen Sensoren werden auf der Rückseite der Kopfhaut angebracht, um die Gehirnströme des visuellen Kortex zu erfassen. Die Sensoren sind unempfindlich gegenüber rauen Bedingungen, so dass sie in extremen Betriebsumgebungen eingesetzt werden können.

Der Benutzer trägt eine am Kopf befestigte Augmented-Reality-Brille, die weisse, flackernde Quadrate anzeigt. Wenn er sich auf ein bestimmtes Quadrat konzentriert, werden die Gehirnströme des Bedieners vom Biosensor aufgefangen, und ein Decoder übersetzt das Signal in Befehle.

Die Technologie wurde kürzlich von der australischen Armee demonstriert, wo Soldaten einen vierbeinigen Roboter der Firma Ghost Robotics über die Gehirn-Maschine-Schnittstelle bedienten. Das Gerät ermöglichte die freihändige Steuerung des Roboterhundes mit einer Genauigkeit von bis zu 94%.

«Unsere Technologie kann mindestens neun Befehle in zwei Sekunden erteilen. Das bedeutet, dass wir neun verschiedene Arten von Befehlen haben und der Bediener innerhalb dieser Zeitspanne einen dieser neun Befehle auswählen kann», sagte Professor Lin.

Die UTS-Forschung umfasst:

Gehirn-Computer-Schnittstellen haben gerade einen grossen Sprung nach vorn gemacht

Wollten Sie schon immer einen Roboter mit Ihren Gedanken steuern? Dank neuer UTS-Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Mensch-Roboter-Interaktion können Sie das jetzt.

(RWM: Erneut die Verwendung von – «SIE» und «IHR»)

Lesen Sie hier mehr über diese Technologie.

Von der Technischen Universität Sydney

Wir sind stolz darauf, Gastgeber des NSW Defence Innovation Network und Mitveranstalter des NSW Space Research Network zu sein. Unsere Forscher arbeiten eng mit der Defence Science and Technology Group, den australischen Streitkräften, dem US-Verteidigungsministerium, führenden Unternehmen und lokalen KMU zusammen. Arbeiten Sie mit uns zusammen, um Lösungen für Ihren Forschungsbedarf zu entwickeln und Zugang zu branchenweit anerkannten Experten mit erstklassigen Einrichtungen zu erhalten.

Bei dieser Forschung geht es nicht um «SIE», sondern um Kriegsführung, um Spionage und Überwachung. Sie wird von unserer Regierung finanziert (klingt vertraut).

Wir alle können uns hundert Möglichkeiten vorstellen, wie diese Technologie missbraucht werden könnte und wird, wenn sie entwickelt wird. Doch wer bewertet diese Risiken? Sicherlich nicht das Militär, wie in meinem Aufsatz «Human Augmentation – The Dawn of a New Paradigm» erörtert wird.

In dem nicht als Verschlussache eingestuften Bericht des britischen Verteidigungsministeriums in Zusammenarbeit mit dem deutschen Büro für Verteidigungsplanung wird die Ethik der Human Augmentation erörtert Nationales Interesse.

Die Notwendigkeit des Einsatzes von menschlicher Augmentation kann letztlich nicht durch ein explizites ethisches Argument diktiert werden, sondern durch nationale Interessen. Länder müssen möglicherweise die menschliche Augmentation entwickeln oder riskieren, Einfluss, Wohlstand und Sicherheit an diejenigen abzugeben, die dies tun. Diese Möglichkeit wird durch Investitionen in künstliche Intelligenz und Genbearbeitung deutlich. Einige Länder investieren massiv in private Unternehmen im Bereich der künstlichen Intelligenz und rechnen bis 2030 mit jährlichen Investitionen in Höhe von 1 Billion US-Dollar.

In ähnlicher Weise werden enorme Mittel in die Genmanipulation von Ländern investiert, deren Bürger dieser Technologie gegenüber aufgeschlossener sind. Länder, die jetzt in künstliche Intelligenz und Genmanipulation investieren, werden wahrscheinlich erhebliche Gewinne erzielen.

Die öffentliche Meinung, insbesondere in Demokratien, wird einen grossen Einfluss auf die Bereitschaft eines Landes haben, sich auf die menschliche Augmentation einzulassen, aber weder die öffentliche Meinung noch Ethiker werden wahrscheinlich über die Zukunft der menschlichen Augmentation entscheiden. Vielmehr werden die Regierungen auf der Grundlage ihrer nationalen Interessen in Bezug auf Wohlstand, Sicherheit und Schutz darüber entscheiden.


Die Notwendigkeit des Einsatzes von menschlicher Augmentation könnte letztlich von nationalen Interessen diktiert werden.

Die Länder müssen möglicherweise die menschliche Augmentation entwickeln und einsetzen oder riskieren, Einfluss, Wohlstand und Sicherheit an diejenigen abzugeben, die dies tun. Nationale Vorschriften, die das Tempo und den Umfang wissenschaftlicher Forschung vorgeben, spiegeln die gesellschaftlichen Ansichten wider, insbesondere in Demokratien, die empfindlicher auf die öffentliche Meinung reagieren. Die Zukunft der menschlichen Augmentation sollte jedoch nicht von Ethikern oder der öffentlichen Meinung entschieden werden, obwohl beide wichtige Stimmen sein werden; vielmehr müssen die Regierungen eine klare politische Position entwickeln, die den Einsatz der menschlichen Augmentation zur Förderung von Wohlstand, Sicherheit und Schutz maximiert, ohne unsere Werte zu untergraben.

Human Augmentation – The Dawn of a New Paradigm

A strategic implications project

dated May 2021



Head of Futures and Strategic Analysis

Disclaimer

The content of this publication does not represent the official policy or strategy of the UK government or that of the UK's Ministry of Defence (MOD).

Furthermore, the analysis and findings do not represent the official policy or strategy of the countries contributing to the project.

It does, however, represent the view of the Development, Concepts and Doctrine Centre (DCDC), a department within the UK MOD, and Bundeswehr Office for Defence Planning (BODP), a department within the German Federal Ministry of Defence. It is based on combining current knowledge and wisdom from subject matter experts with assessments of potential progress in technologies 30 years out supporting deliberations and deductions for future humans and society.

Das Regieren in den westlichen liberalen Gesellschaften und internationalen Institutionen ist bereits jetzt nicht in der Lage, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten, und die Einführung der menschlichen Augmentation wird diesen Trend noch verstärken. Nationales und internationales Regieren wird durch die zahllosen Auswirkungen der Einführung von Technologien zur menschlichen Vergrößerung in Frage gestellt werden. Dies könnte zu einem neuen Rüstungswettlauf und zu zwischen- und innerstaatlichen Spannungen führen, wenn nicht durch einen frühzeitigen und regelmässigen Dialog Vorsorge getroffen wird.

Im Bericht heisst es:

«Sechs Millionen Jahre Evolution haben uns dorthin gebracht, wo wir heute stehen, und jetzt haben wir die Werkzeuge in der Hand, um zu entscheiden, wie unsere weitere Entwicklung gestaltet werden soll.»

Ein Feuer mit fünf Alarmstufen brennt in unserer Regierung, aber wer wird es löschen?

QUELLE: BRAIN-COMPUTER INTERFACE SYSTEMS

Quelle: <https://uncutnews.ch/robert-w-malone-gehirn-computer-schnittstellen-systeme/>

Oberst Douglas Macgregor:

«Die Krise der amerikanischen Nationalmacht hat begonnen.»

uncut-news.ch, März 29, 2023

Der aufkommende Sturm. Amerikas selbst verschuldeter Ärger in der Ukraine verschlimmert unsere gefährlichen Probleme zu Hause.

Die Krise der nationalen Macht Amerikas hat begonnen. Amerikas Wirtschaft kippt, und die westlichen Finanzmärkte geraten leise in Panik. Bedroht durch steigende Zinssätze verlieren hypothekarisch gesicherte Wertpapiere und US-Staatsanleihen ihren Wert. Die sprichwörtlichen «Vibes» des Marktes – Gefühle, Emotionen, Überzeugungen und psychologische Neigungen – deuten darauf hin, dass sich in der amerikanischen Wirtschaft eine dunkle Wende anbahnt.



gnacio Marin Fernandez/Anadolu Agency via Getty Images

Die nationale Macht der USA wird ebenso sehr an ihren militärischen Fähigkeiten wie an ihrem wirtschaftlichen Potenzial und ihrer Leistung gemessen. Die wachsende Erkenntnis, dass die amerikanischen und europäischen militärisch-industriellen Kapazitäten nicht mit der ukrainischen Nachfrage nach Munition und Ausrüstung mithalten können, ist ein bedrohliches Signal in einem Stellvertreterkrieg, den Washington nach eigenen Angaben mit seinem ukrainischen Stellvertreter gewinnt.

Die russischen Operationen in der Südukraine scheinen die angreifenden ukrainischen Streitkräfte mit einem minimalen Einsatz von Menschenleben und Ressourcen erfolgreich niedergeschlagen zu haben. Während Russlands Zermübungskrieg glänzend funktionierte, mobilisierte Russland seine Reserven an Männern und Ausrüstung, um eine Streitmacht aufzustellen, die um ein Vielfaches grösser und wesentlich tödlicher ist als noch vor einem Jahr.

Russlands massives Arsenal an Artilleriesystemen, darunter Raketen, Flugkörper und Drohnen, die mit Überwachungsplattformen verbunden sind, verwandelte die ukrainischen Soldaten, die um den Erhalt des Nordrands des Donbass kämpften, in auftauchende Ziele. Wie viele ukrainische Soldaten ums Leben gekommen sind, ist nicht bekannt, aber eine aktuelle Schätzung geht davon aus, dass seit Beginn des Krieges zwischen 150'000 und 200'000 Ukrainer im Kampf gefallen sind, während eine andere Schätzung von 250'000 ausgeht.

Angesichts der eklatanten Schwäche der Boden-, Luft- und Luftabwehrkräfte der NATO-Mitglieder könnte ein ungewollter Krieg mit Russland leicht Hunderttausende von russischen Truppen an die polnische Grenze, die Ostgrenze der NATO, bringen. Dies ist kein Ergebnis, das Washington seinen europäischen Verbündeten versprochen hat, aber es ist nun eine reale Möglichkeit.

Im Gegensatz zur schwerfälligen und ideologisch geprägten Aussenpolitik der Sowjetunion hat das heutige Russland geschickt die Unterstützung für seine Sache in Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Südasien kultiviert. Die Tatsache, dass die Wirtschaftssanktionen des Westens der US-amerikanischen und der europäischen Wirtschaft geschadet und den russischen Rubel zu einer der stärksten Währungen des internationalen Systems gemacht haben, hat das Ansehen Washingtons in der Welt kaum verbessert.

Bidens Politik, die NATO mit Gewalt an die Grenzen Russlands zu drängen, hat eine starke Gemeinsamkeit der Sicherheits- und Handelsinteressen zwischen Moskau und Peking geschaffen, die strategischen Partner in Südasien wie Indien und Partner wie Brasilien in Lateinamerika anzieht. Die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen der entstehenden russisch-chinesischen Achse und ihrer geplanten industriellen Revolution für etwa 3,9 Milliarden Menschen in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sind tiefgreifend.

Alles in allem ist Washingtons militärische Strategie, Russland zu schwächen, zu isolieren oder gar zu zerstören, ein kolossaler Fehlschlag, der Washingtons Stellvertreterkrieg mit Russland auf einen wahrhaft gefährlichen Weg bringt. Wenn man angesichts des Abstiegs der Ukraine in die Vergessenheit unbeirrt weitermacht, ignoriert man drei metastasierende Bedrohungen: 1. Anhaltend hohe Inflation und steigende Zinssätze, die auf eine wirtschaftliche Schwäche hindeuten. (Die erste amerikanische Bankenpleite seit 2020 erinnert an die finanzielle Schwäche der USA). 2. Die Bedrohung von Stabilität und Wohlstand in den europäischen Gesellschaften, die bereits von mehreren Wellen unerwünschter Flüchtlinge/Migranten betroffen sind. 3. Die Gefahr eines grösseren europäischen Krieges.

Innerhalb der Präsidentialverwaltungen gibt es immer konkurrierende Fraktionen, die den Präsidenten zu einem bestimmten Vorgehen drängen. Beobachter von aussen wissen selten mit Sicherheit, welche Fraktion den grössten Einfluss ausübt, aber es gibt Figuren in der Biden-Administration, die einen Ausstieg aus dem Engagement in der Ukraine suchen. Selbst Aussenminister Antony Blinken, ein glühender Verfechter des Stellvertreterkriegs mit Moskau, erkennt an, dass die Forderung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, der Westen solle ihm bei der Rückeroberung der Krim helfen, für Putin eine rote Linie darstellt, die zu einer dramatischen Eskalation in Moskau führen könnte.

Washington weigert sich, von der bösartigen und unsinnigen Forderung der Biden-Administration nach einem demütigenden russischen Rückzug aus der Ostukraine abzurücken, bevor Friedensgespräche aufgenommen werden können. Doch er muss getan werden. Je höher die Zinssätze steigen und je mehr Washington im In- und Ausland ausgibt, um den Krieg in der Ukraine fortzusetzen, desto mehr bewegt sich die amerikanische Gesellschaft auf innere politische und soziale Unruhen zu. Dies sind gefährliche Bedingungen für jede Republik.

Aus all den Trümmern und dem Durcheinander der letzten zwei Jahre ergibt sich eine unbestreitbare Wahrheit. Die meisten Amerikaner haben recht, wenn sie ihrer Regierung misstrauen und mit ihr unzufrieden sind. Präsident Biden wirkt wie eine Pappfigur, ein Stellvertreter für die ideologischen Fanatiker in seiner Regierung, die in der Exekutivgewalt das Mittel sehen, um die politische Opposition zum Schweigen zu bringen und die ständige Kontrolle über die Bundesregierung zu behalten.

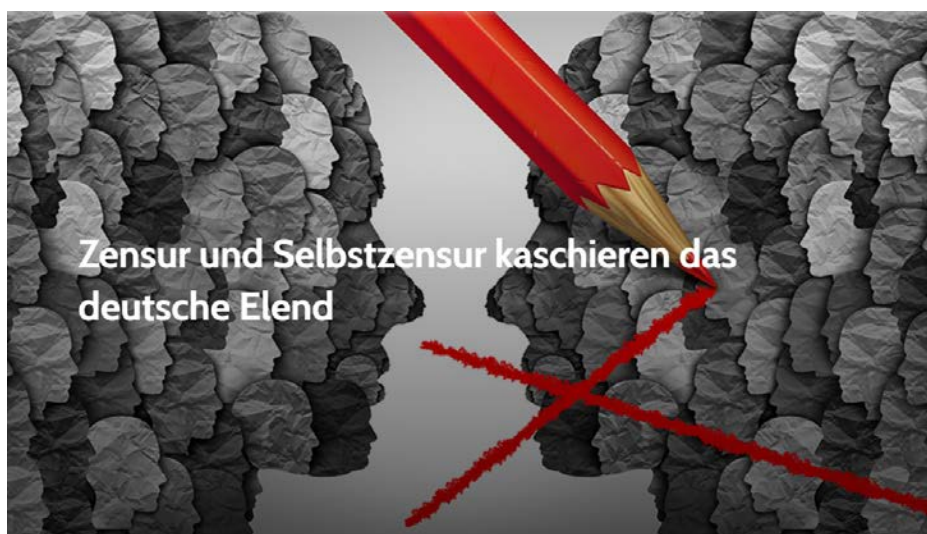
Die Amerikaner sind nicht dumm. Sie wissen, dass die Mitglieder des Kongresses in schamloser Weise mit Aktien auf der Grundlage von Insiderinformationen handeln und damit Interessenkonflikte schaffen, die die meisten Bürger ins Gefängnis bringen würden. Sie wissen auch, dass Washington sie seit 1965 in eine Reihe von gescheiterten Militärinterventionen geführt hat, die die politische, wirtschaftliche und militärische Macht Amerikas stark geschwächt haben.

Mehr als genug Amerikaner glauben, dass sie seit dem 21. Januar 2021 keine echte nationale Führung mehr haben. Es ist höchste Zeit, dass die Biden-Administration einen Ausweg findet, der Washington, D.C., aus seinem Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine herausführt. Das wird nicht einfach sein. Der liberale Internationalismus oder, in seinem modernen Gewand, der «moralisierende Globalismus», macht umsichtige Diplomatie mühsam, aber jetzt ist es an der Zeit. In Osteuropa haben die Frühjahrsregenfälle sowohl den russischen als auch den ukrainischen Bodentruppen ein Schlammeer beschert, das die Bewegungsfreiheit stark einschränkt. Doch das russische Oberkommando bereitet sich darauf vor, dass die Operationen, wenn der Boden trocknet und die russischen Bodentruppen angreifen, eine eindeutige Entscheidung herbeiführen werden, die deutlich macht, dass Washington und seine Unterstützer keine Chance haben, das sterbende Regime in Kiew zu retten. Von da an werden Verhandlungen extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein.

Douglas Macgregor, Oberst a.D., ist Senior Fellow bei The American Conservative, ehemaliger Berater des Verteidigungsministers in der Trump-Administration, ein dekorierter Kriegsveteran und Autor von fünf Büchern.

QUELLE: "THE CRISIS OF AMERICAN NATIONAL POWER HAS BEGUN". COL. DOUGLAS MACGREGOR

Quelle: <https://uncutnews.ch/oberst-douglas-macgregor-die-krise-der-amerikanischen-nationalmacht-hat-begonnen/>



Ein Artikel von Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam, 29. März 2023 um 11:00

Deutschland, der Pausenhof: Big Joe knallt dem Olaf ein Ding an den Nischel, so einen Wumms hält kein Gasrohr aus. Olaf sieht Sterne und Streifen. Aber er versichert den Umstehenden: «Unsere Partnerschaft ist enger und vertrauensvoller denn je.» Big Joe bestellt den Olaf wenig später zu sich nach Übersee und

flüstert ihm was. Die ARD-aktuell aber macht daraus einen «Besuch bei Freunden». Manipulation gehört eben zur Tagesschau wie Mattscheibe zur Caren Miosga. Drei Tage später heisst es aus Hamburg, Big Joe habe dem Olaf überhaupt keine reingehauen, sondern, ganz anders, einige pro-ukrainische Rüpel hätten mit einem Segelboot Knallfrösche in Olafs Badewanne ... Man verzeihe uns das Geschnodder, es soll darauf aufmerksam machen, dass die USA eine intellektuelle Flugverbotszone über unser Land verhängt haben; deshalb liefern unsere Leit- und Konzernmedien Nachrichten vom hier dargestellten informationellen Gehalt. Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam.

Unser Gemeinwesen verkrüppelt unter solcher Deutungshoheit zusehends zu einem US-Protectorat, mit enormen Gefahrenquellen für unseren Rechtsstaat. Widerstandskräfte dagegen entwickeln sich erst allmählich. Die Verächter des Rechtsstaats zeichnen sich durch ihren abgrundtiefen Zynismus und US-Konformismus aus. Selbstbestimmte Persönlichkeitsentfaltung, unabhängige Meinungsbildung, freies Denken und Reden sind ihnen zuwider. Ihr Ideal ist der Angepasste, der sich ihren Vorgaben unterordnet und ihnen besinnungslos nachbetet. Die einst übliche Todesstrafe fürs Abhören von «Feindsendern» brauchen sie für ihre Zwecke nicht mehr. Mit von elektronischer Datenverarbeitung unterstützter Zensur sowie mit Agitation und Propaganda in Dauerschleife gelingt es schon jetzt, ein vollkommen verzerrtes Weltbild als Realität auszugeben und mehrheitlich akzeptabel zu machen. Rechtsnihilismus und Willkürjustiz unterstützen den Erfolg. Kein Nachrichtentag vergeht, ohne dass wir vom «brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine» zu hören kriegen. Wer diese USA-NATO-EU-Sichtweise öffentlich infrage stellt, ein Ende der gigantischen Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland fordert, lernt schnell deutsche Staatsanwälte kennen. Die nennen soviel kritischen Widerspruch gegen die «herrschende» Meinung nämlich: «Billigung eines Angriffskrieges, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.» Das gilt als Straftat und wird mit bis zu drei Jahren Haft oder Geldstrafe geahndet. Entsprechende Urteile sind bereits ergangen.

Deutsche Gerichte berücksichtigen nicht, dass der globale Süden, die Mehrheit der Weltbevölkerung, sich nicht an der westlichen Sanktionspolitik beteiligt. Zudem lassen die deutsche Justiz (und füglich auch die konformistische Tagesschau) ausser Acht, dass sich Russland bei seiner militärischen Aktion gegen die Ukraine – ob zu Recht oder Unrecht bleibt offen – auf Art. 51 der UN-Charta beruft; dieser Artikel betrifft die Selbstverteidigung und schliesst sogar eine präventive (=vorbeugende) Selbstverteidigung nicht aus. Justitia, die Göttin der Gerechtigkeit, ist angeblich blind und wird meist mit verbundenen Augen dargestellt. Ihre deutsche Ausgabe gibt sich hingegen als offen einäugig. Sie setzt durch, dass die Masse der Bevölkerung das Geschehen in der Ukraine nicht einmal mehr von beiden Seiten betrachten kann: Von der NATO-transatlantischen und von der russischen Seite – der Beleg unserer zunehmenden Unfreiheit.

Ex-Kanzlerin Schamlos und Kanzler Tunichtgut

Das lässt sich exemplarisch auch am Umgang mit dem Eingeständnis der Altkanzlerin Merkel sowie der vormaligen Staatspräsidenten Poroschenko (Ukraine) und Hollande (Frankreich) aufzeigen. Alle drei gaben bekanntlich aus freien Stücken zu erkennen, das völkerrechtlich abgesicherte Minsk-II-Abkommen mit voller Absicht gebrochen und Putin hintergangen zu haben. Sie wollten den seit Mitte 2014 von Kiew geführten Bürgerkrieg gegen die ukrainischen (russischsprachigen) Donbass-Provinzen nicht beenden lassen (das Abkommen sah dafür enge Fristen von wenigen Monaten vor), sondern – vertragswidrig – der Ukraine jede Menge «Zeit geben» zu hemmungsloser Hochrüstung. Sie kalkulierten Russlands militärische Reaktion und brachen somit einen völkerrechtlich gültigen Vertrag.

Schon Monate vor Russlands Invasion hatten sie bis ins Detail geplant, womit sie ihren schon mehr als zehn Jahre geführten Wirtschaftskrieg zu verschärfen gedachten; die Angeberei des Merkel-Nachfolgers und vormaligen Vizekanzlers Scholz im Bundestag verrät alles: «...Sanktionen ..., die ihresgleichen suchen. Über Monate hinweg haben wir sie bis ins kleinste Detail vorbe-reitet Weltweit haben wir für Unterstützung geworben.»

Sie wussten, was kam. Sie hatten es ja genau darauf angelegt.

ARD-aktuell berichtete über diesen Skandal mit keinem Wort. Wenn schon einäugige Justiz, dann erst recht tendenziöser Qualitätsjournalismus.

Keine offizielle Instanz in Deutschland regt sich darüber auf, dass Ex-Kanzlerin Merkel in ihrem «Zeit»-Interview zugleich einen mehrfachen Verfassungsbruch schamlos eingestand: Das Grundgesetz bindet nämlich alle staatlichen Organe an die «allgemeinen Regeln des Völkerrechts». Zugleich verbietet es «Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören». Offen bleibt die Frage, ob ausserdem noch ein strafbarer Fall von Friedensverrat vorliegt.

Reden wir lieber über den regierenden Kanzler Scholz und seine infantile Aussenministerin Baerbock. Bei der Rechtsverständnis reicht ebenfalls nicht so weit, dass sie sich um eine Wiederbelebung des Minsk-II-Abkommens bemühten. Im Gegenteil, sie verweigern Gespräche mit Moskau und konterkarieren das, was die UN-Generalversammlung gerade erst wieder beschlossen hat: «Die Generalversammlung fordert nach-

drücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel.»

Mit Ignoranz und Arroganz setzen sie vielmehr auf weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, auf grundgesetzwidrige Kriegsbeteiligung mittels Ausbildung ukrainischer Soldaten an deutschen Angriffswaffen und auf völkerrechtswidrige Sanktionen. Im Gegensatz zu aller Berliner Heuchelei dient diese Politik den USA und deren Ziel, den Krieg zu verlängern.

Das Einzige, was man Kanzler Scholz zugutehalten kann: Er hat sich noch nicht öffentlich bei den Amis für ihren Terroranschlag auf die Nord-Stream-Gasleitungen bedankt. Aber das kann ja auch noch kommen.

Legal, illegal? Scheissegal!

Man sollte eigentlich meinen, die UN-Charta sei auch in Art. 2, Absatz 4 unmissverständlich:

«Alle Mitglieder unterlassen ... jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt,»

doch machte man dann die Rechnung ohne den Wirt. Nach Auslegung der USA ist in der Charta lediglich die «militärische Gewalt» gemeint. Der globale Süden beharrt hingegen darauf, das Gewaltverbot gelte auch für Wirtschaftssanktionen. Wird hier Haarspalterei betrieben? Das kann nur jemand meinen, der nicht wahrhaben will, dass Sanktionen eine ebenso existenzvernichtende, für Millionen Menschen tödliche Gewaltform darstellen können wie die militärische Gewalt.

Damit auch das endlich geklärt ist: Baerbocks grossmäulige Ansage, die Sanktionen würden (sollten) «Russland ruinieren», ist eine Missachtung des Völkerrechts. Ein Ausdruck vollendet selbstherrlicher Ignoranz. Denn laut UN-Charta ist nur der UN-Sicherheitsrat und niemand sonst ausdrücklich befugt, zur zwischenstaatlichen Streitbeilegung und zur Sicherung des Friedens schwerwiegende Sanktionen zu verhängen.

Mit hasserfülltem Aktionismus verfügte die EU allein in den ersten zwei Monaten nach Beginn der russischen Militäroperation sage und schreibe 3913 Sanktionen. Per Verordnung, ohne gesetzliche Grundlage, auf rechtlich äusserst fragwürdiger Basis.

Dass diese überschäumende Sanktionitis ihren gegen Russland gerichteten Zweck verfehlt, ist das Eine; das Andere aber, dass sie inzwischen die deutsche Wirtschaft massiv schädigt. Das führte selbst in Baerbocks Ministerium zu Nebenwirkungen: «Bei vielen Mitarbeitern hat sich ein enormes Mass an Frustration und Fremdscham angehäuft ... zunehmendes Unverständnis über die Art und Weise der Sanktionspolitik ohne jede Rücksichtnahme auf deutsche Interessen ...»

Ob die Sanktionen mit dem in Deutschland geltenden Recht vereinbar sind, ist längst nicht so eindeutig geklärt, wie die führenden Politiker und ihre journalistischen Wasserträger uns weismachen wollen. Beabsichtigt war, die russische Bevölkerung dazu zu bringen, den innenpolitischen Druck auf ihre Führung zu verstärken, um deren Aussenpolitik zu ändern. Das Gegenteil ist eingetreten. Putin wird von 80 Prozent der Russen unterstützt. Logisch und rechtlich geboten wäre es folglich, die Sanktionen aufzuheben.

Über Berge von Leichen

Doch weder mit Logik noch mit rechtsstaatlichem Bewusstsein ist unsere Ampelregierung sonderlich gesegnet. Vielmehr treibt sie der gleiche krankhafte Wille, die Widersacher der USA zu vernichten, wie ihn Washington gegenüber Kuba, Venezuela, Irak, Iran und derzeit in schlimmster Form gegenüber Syrien auslebt. Da gehen die Scholz-Regierung und die Biden-Administration Arm in Arm – und zwar über Berge von Leichen.

Menschenleben zählen nicht, entgegen dem frommen Schein auch keine ukrainischen. Waffen liefern für den Krieg, auf dass er bald zu Ende gehe? Gegenfrage: Kennen Sie in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit auch nur einen einzigen Fall, dass ein Krieg mittels Waffenlieferungen beendet wurde?

Michail Gorbatschow, der letzte Präsident der abgestorbenen Sowjetunion, politischer Vater auch der DDR-Selbstaufgabe und einst der Deutschen Lieblingsrusse: «Die deutsche Presse ist die bösartigste überhaupt.»

Sie ändert sich nicht und garantiert damit, dass sich auch in unserem politischen Alltag nichts Wesentliches ändert. Gleiches gilt für die EU und den gesamten «Werte-Westen»: Ihre «regelbasierte Ordnung» ist ein orchestrierter Bruch des Völkerrechts. Menschenverachtende Willkür. Gäbe es ausserhalb der bewussten Medien (Internet-Portale, Blogs, einige kleine Tages- und Wochenzeitungen) tatsächlich einen distanziert-kritischen, um Wahrhaftigkeit und um Aufklärung bemühten Journalismus, dann gingen die Massen heute nicht nur zu Arbeitskämpfen auf die Strasse, sondern regelmässig auch gegen politische Korruption und gegen Kriegstreiberei.

Die Pest der Zensur

Mit ihr weiss unsere politische und gesellschaftliche Elite allerdings gut umzugehen und dem Volkszorn vorzubeugen. Mit Zuckerbrot (Journalisten schmieren, sie mit gut dotierten Posten und Privilegien korrumpieren) und Peitsche: Maulkorb und Strafandrohung, von Staats wegen.

Über die Informationsfreiheit heisst es in Art. 11 der Charta der Europäischen Union:

«Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses Recht schliesst die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.»

Das Entsprechende in unserem Grundgesetz Art. 5:

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Diese Grundrechte sind das Papier nicht mehr wert, auf dem sie gedruckt stehen. Bereits bevor Russland in den Ukraine-Krieg eingriff, verweigerten deutsche und europäische Behörden RT DE die Sendeerlaubnis, obwohl RT bereits eine europaweit geltende, von Serbien ausgestellte Sendelizenz hatte. Die russische Nachrichtenagentur «Sputnik» wurde ebenfalls gesperrt. Ausgerechnet EU-Kommissionspräsidentin v.d. Leyen, selbst unter Korruptionsverdacht und geübt in schamloser Lüge, durfte sich da hervortun: «Als Sprachrohre Putins haben diese Fernsehkanäle seine Lügen und Propaganda erwiesenermassen aggressiv verbreitet.» Man solle ihnen «keine Bühne mehr zur Verbreitung dieser Lügen geben».

Tobias Schmid, Direktor der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen sah für das Vorgehen allerdings keine Rechtsgrundlage: «Die Europäische Kommission ist gefordert, eine gesetzgeberische Lösung zu finden.» Mit anderen Worten: Das Verbot war rechtswidrig. Und das ist es bis heute.

Die Bundesnetzagentur gab sich zur Durchsetzung der Zensurmassnahmen her. Auch sie handelte rechtswidrig, wenn man eine grundlegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beachtet: «Dem Einzelnen soll ermöglicht werden, sich seine Meinung auf Grund eines weitgestreuten Informationsmaterials zu bilden. Er soll bei der Auswahl des Materials keiner Beeinflussung durch den Staat unterliegen. Da die Informationsfreiheit ... auch dazu bestimmt ist, ein Urteil über die Politik der eigenen Staatsorgane vorzubereiten, muss das Grundrecht vor Einschränkungen durch diese Staatsorgane weitgehend bewahrt werden.

Die Informationsfreiheit wurde ... verfassungsrechtlich garantiert, um die ungehinderte Unterrichtung auch aus Quellen, die ausserhalb des Herrschaftsbereiches der Staatsgewalt der Bundesrepublik bestehen, zu gewährleisten. Wenn die Informationsquelle an irgendeinem Ort allgemein zugänglich ist, mag dieser auch ausserhalb der Bundesrepublik liegen, dann kann auch ein rechtskräftiger Einziehungsbeschluss nicht dazu führen, dieser Informationsquelle die Eigenschaft der allgemeinen Zugänglichkeit zu nehmen.»

Diese vorbildliche Entscheidung stammt allerdings aus einer Zeit, als Politiker und Richter noch bemüht waren, «Demokratie zu wagen».

Zwei staubige Brüder

Hatten wir eingangs des Kanzlers charakterlos schleimige Bemerkungen zitiert, so wollen wir hier mit vergleichbar Geistreichem von ihm fortfahren. Scholz: «Niemand steht über Recht und Gesetz.»

Um Legendenbildungen vorzubeugen: Er bezog das auf Putin, nicht auf sich selbst.

Ein klassischer Fall von Cum-Ex-Gedächtnislücke. Doch bei diesem folgenlosen Vorwurf wollen wir es nicht belassen. Scholz habe am neuesten Märchen über die Nord-Stream-Gasröhren mitgestrickt, behauptet der weltbekannte Investigativ-Journalist Seymour Hersh; er habe beim Tête-à-Tête mit US-Präsident Biden in Washington vereinbart, dessen Täterschaft zu vertuschen. Beide hätten die CIA und den BND beauftragt, eine Tarngeschichte für die Zerstörung der Nord-Stream-Röhren zu erfinden und sie zu lancieren.

Heraus kam dabei die Story von ukrainischen Segelbootfahrern als angebliche Nord-Stream-Bombenleger. Die Tagesschau behauptete sogar, nicht die Einflüsterung der Geheimdienste, sondern eigene Recherchen der ARD hätten zu dieser «Spur» geführt. Das klang so grossmäulig wie unglaubwürdig.

Sollte Hersh mit seiner Behauptung Recht haben, Scholz sei Mitwisser der fiesen Geschichte, dann gehörte der Kanzler wegen eines Bündels von Straftaten vor den Richter, unter anderem wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung und Strafvereitelung im Amt.

Was aber macht ein deutscher Bundeskanzler heutzutage, wenn er mit schändlich unterwürfigen Aussagen gepatzt hat? Zieht er sich ins Trappistenkloster zurück und legt ein Schweigegelübde ab? Aber nicht doch! Entgegen seiner Pflicht, selbst aktiv zur Konfliktbewältigung beizutragen, tut er so, als sei sein geopolitischer Widerpart ein Schwachkopf – und lässt schnellstmöglich die nächste Sottise raus: «Es ist wichtig, dass Putin versteht, dass er seine Truppen zurückziehen muss.»

Man nennt das verbale Vorne-Verteidigung. Die Tagesschau bringt derart hohle Phrasen garantiert im O-Ton und kommentarlos auf den Schirm, statt sie als Realsatire zu brandmarken. Das Publikum lässt es sich ja gefallen. Noch.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95621>

Xi Jinping und Wladimir Putin beerdigten in Moskau gemeinsam die «Friedensordnung» der USA

29 Mär. 2023 06:45 Uhr

Vergangene Woche haben die Präsidenten von China und Russland in Moskau ihr gemeinsames Engagement zur Neugestaltung der globalen Ordnung bekundet – ein Unterfangen wie «seit 100 Jahren nicht mehr».

Von Pepe Escobar

Was vergangene Woche in Moskau stattfand, war nichts Geringeres als eine Neuauflage der Konferenz von Jalta im Februar 1945 an jenem denkwürdigen Ort, der übrigens auf der Krim liegt. Aber im Gegensatz zu dem bedeutsamen Treffen des US-Präsidenten Franklin Roosevelt und des britischen Premierministers Winston Churchill mit dem sowjetischen Staatsführer Josef Stalin ist dies das erste Mal seit wohl fünf Jahrhunderten, dass heute kein politischer Führer aus dem Westen mehr die globale Agenda bestimmt.

Heute sind es vielmehr der chinesische Staatspräsident Xi Jinping und der russische Staatspräsident Wladimir Putin, die eine multilaterale, multipolare Vorstellung präsentieren. Die westlichen «Herrenmenschen» können ihre Heulsusen-Masche so oft abziehen wie sie wollen: Nichts wird die spektakuläre Optik und die zugrunde liegende Substanz ändern für diese sich entwickelnde neue Weltordnung, insbesondere für den globalen Süden.

Was Xi und Putin vorhaben, wurde vor ihrem Gipfel ausführlich in zwei von den Präsidenten selbst verfassten Kommentaren erläutert. Als ein perfektes russisches Ballett beschrieb People's Daily in China die Vision Putins und konzentrierte sich dabei auf eine «zukunftsorientierte Partnerschaft», während die Vision von Xi in der Russian Gazette und auf der Website von RIA Nowosti veröffentlicht wurde wobei man sich auf ein neues Kapitel der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Entwicklung fokussierte.

Gleich zu Beginn des Gipfels trieben die Reden von Xi und Putin die Meute in der NATO in eine hysterische Raserei aus Wut und Neid: Die Sprecherin des russischen Aussenministeriums Maria Sacharowa traf die Stimmung perfekt, als sie anmerkte, dass der Westen «Schaum vor dem Mund hat». Die Titelseite dieser Russian Gazette vom Montag ist ein perfektes Sinnbild: Putins besucht das von den Neonazihorden befreite Mariupol und unterhält sich mit Einwohnern, während in derselben Ausgabe die Vision von Xi Jinping abgedruckt wurde. Das war Moskaus komprimierte, trockene Antwort auf Washingtons Kunststückchen mit der MQ-9 Reaper-Drohne und an den Scherzbold vom Känguru-Gericht des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Habt nur «Schaum vor dem Mund» so viel ihr wollt – die NATO wird in der Ukraine gründlich gedemütigt.

Bei ihrem ersten «informellen Treffen» unterhielten sich Xi und Putin nicht weniger als viereinhalb Stunden. Am Ende begleitete Putin persönlich den chinesischen Staatschef zu dessen Limousine. Dieses Gespräch behandelte das eigentliche Kernthema des Treffens: Das Umreissen der Grundzüge von Multipolarität – die mit einer Lösung für die Ukraine beginnt.

Wie vorherzusehen war, gab es nur sehr wenige Lecks aus dem Umfeld des Treffens, bis auf ein ziemlich bedeutendes Leck zu ihrem «eingehenden Austausch» über die Ukraine. Putin betonte höflich, dass er Chinas Position respektiere – die im 12-Punkte-Plan von Peking zur Konfliktlösung ausgedrückt und aus Washington, D.C. vollständig zurückgewiesen worden war. Aber dennoch bleibe die russische Position eisern: Entmilitarisierung der Ukraine, militärische Neutralität der Ukraine und die Verankerung der neuen Realitäten vor Ort. Parallel dazu schloss das russische Aussenministerium jedwede Rolle der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in künftigen Ukraine-Verhandlungen völlig aus: Sie gelten nicht mehr als neutrale Vermittler.

Ein multipolarer Flickenteppich

Der zweite Tag des Treffens stand ganz im Zeichen des Handels: von Energie über «militärisch-technische» Zusammenarbeit bis hin zur Verbesserung der Effizienz von Handels- und Wirtschaftskorridoren durch Eurasien.

Russland steht bereits an erster Stelle als Erdgaslieferant für China – vor Turkmenistan und Katar – grösstenteils dank der 3000 km langen Pipeline «Sila Sibiri» (Kraft Sibiriens), die von Sibirien in die nordöstliche chinesische Provinz Heilongjiang führt und im Dezember 2019 in Betrieb genommen wurde. Verhandlungen über die Pipeline «Sila Sibiri 2», die über die Mongolei führen soll, schreiten zügig voran.

Die chinesisch-russische Zusammenarbeit im Hightech-Bereich wird durch die Decke gehen. Insgesamt 79 Projekte im Gegenwert von mehr als 165 Milliarden US-Dollar reichen von verflüssigtem Erdgas (LNG) über Flugzeugbau, Werkzeugmaschinenbau, Weltraumforschung, Agrarindustrie bis hin zu modernisierten Wirtschaftskorridoren. Der chinesische Präsident betonte ausdrücklich, er wolle die Projekte der Neuen Seidenstrasse (Belt & Road Initiative) mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) verbinden. Diese Verbindung beider Initiativen ist eine natürliche Entwicklung. China hat bereits ein Abkommen über wirtschaftliche

Zusammenarbeit mit der EAWU unterzeichnet. Die Ideen des russischen makroökonomischen Superstrategen Sergei Glasjew tragen endlich Früchte.

Und nicht zuletzt wird es zwischen Asien, Afrika und Lateinamerika einen neuen Trend hin zu wechselseitigen Abrechnungen in nationalen Währungen geben. Aus praktischen Gründen befürwortete Putin die Rolle des chinesischen Yuan als neue Handelswährung erster Wahl, während die komplexen Diskussionen über eine neue Reservewährung, die durch Gold und/oder Rohstoffe gedeckt ist, weitergehen. Diese gemeinsame Wirtschafts- und Handelsoffensive knüpft an die konzertierte diplomatische Offensive zwischen Russland und China an, um weite Teile Westasiens und Afrikas neu zu gestalten.

Die chinesische Diplomatie funktioniert wie die beliebte russische Matrjoschka, wenn es darum geht, subtile Botschaften zu übermitteln. Es ist alles andere als zufällig, dass die Reise von Xi Jinping nach Moskau genau zusammenfiel mit dem 20. Jahrestag des militärischen Einsatzes der USA nach der Taktik «Shock and Awe» bei der illegalen Invasion in den Irak und dessen Besetzung und Zerstörung.

Parallel dazu trafen über 40 Delegationen aus Afrika einen Tag vor dem Besuch von Xi in Moskau ein, um an der parlamentarischen Konferenz «Russland – Afrika in der multipolaren Welt» teilzunehmen, als Vorbereitung auf den zweiten Russland-Afrika-Gipfel im kommenden Juli. Die Umgebung der russischen Staatsduma sah genauso aus wie zu Zeiten der Blockfreien Bewegung, als der grösste Teil Afrikas sehr enge anti-imperialistische Beziehungen zur UdSSR unterhielt. Und Putin wählte genau diesen Moment, um afrikanische Schulden in der Höhe von mehr als 20 Milliarden US-Dollar zu erlassen.

In Westasien agieren Russland und China völlig synchron. Die jüngste Annäherung zwischen Saudis und Iran wurde ursprünglich von Russland in Bagdad und Oman angekurbelt: Es waren diese Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens in Peking führten. Moskau koordiniert derweil auch die Annäherungsgespräche zwischen Syrien und der Türkei. Die russische Diplomatie mit Iran – jetzt auf dem Niveau einer strategischen Partnerschaft – wird auf einer separaten Linie verfolgt.

Diplomatische Quellen bestätigen, dass der chinesische Geheimdienst durch seine eigenen Ermittlungen nun voll und ganz von Putins enormer Popularität in ganz Russland und sogar innerhalb der politischen Eliten des Landes überzeugt ist. Das bedeutet, dass Verschwörungen der Art eines Regimewechsels nicht infrage kommen. Dies war grundlegend für die Entscheidung von Xi und Chinas oberster Führung in Zhongnanhai, in den kommenden Jahren auf Putin als vertrauenswürdigen Partner zu «wetten», wenn man bedenkt, dass er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen kandidieren und wahrscheinlich gewinnen wird. China geht es schon immer um Kontinuität.

So besiegelte das Gipfeltreffen von Xi Jinping und Wladimir Putin endgültig die umfassende strategische Partnerschaft von China und Russland auf lange Sicht, die sich dabei verpflichtet haben, einen ernsthaften geopolitischen und geoökonomischen Wettbewerb mit der im Niedergang befindlichen westlichen Hegemonie zu entwickeln.

Dies ist die neue Welt, die in der vergangenen Woche in Moskau geboren wurde. Putin hatte dies zuvor als neue antikonkoloniale Politik definiert. Das ist nun als multipolares Netzwerk ausgelegt. Nun gibt es kein Zurück mehr bei der Zerschlagung der Reste der «Pax Americana», der von den USA diktierten sogenannten «Friedensordnung» für diese Welt.

Veränderungen wie seit 100 Jahren nicht

In ihrem Buch «Vor der europäischen Hegemonie: Das Weltsystem zwischen 1250 und 1350» stellte die Soziologin Janet Abu-Lughod ein sorgfältig konstruiertes Narrativ auf, in dem die vorherrschende multipolare Ordnung gezeigt wird, wie der Westen «hinter dem Orient zurückblieb». Später sei der Westen nur deshalb vorbeigezogen, «weil der «Orient» vorübergehend in Unordnung war».

Wir werden vielleicht gerade Zeitzeugen einer ähnlichen Veränderung historischen Ausmasses, die von einer Wiederbelebung des Konfuzianismus (dem Respekt vor Autorität und der Betonung der sozialen Harmonie), der inneren Balance des Dao und der spirituellen Kraft der östlichen Orthodoxie geprägt ist. Dies ist in der Tat ein zivilisatorischer Kampf.

Moskau, das endlich die ersten sonnigen Frühlingstage begrüßen konnte, lieferte vergangene Woche eine überlebensgrosse Illustration von «Wochen, die wie Jahrzehnte sind» im Vergleich zu «Jahrzehnten, in denen nichts passiert».

Die beiden Präsidenten nehmen auf ergreifende Weise voneinander Abschied:

Xi Jinping: «Jetzt gibt es Veränderungen, die es seit 100 Jahren nicht gegeben hat. Solange wir zusammenbleiben, werden wir diese Veränderungen vorantreiben.»

Wladimir Putin: «Dem stimme ich zu.»

Xi Jinping: «Pass auf dich auf, mein lieber Freund.»

Wladimir Putin: «Gute Reise.»

Hier bricht ein neuer Tag an, von den Ländern der aufgehenden Sonne bis zu den eurasischen Steppen.

Übersetzt aus dem Englischen

Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heisst "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Er wurde von Facebook und Twitter aus politischen Gründen verbannt,

aber man kann ihm auf Telegram folgen.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/meinung/166404-xi-jinping-und-wladimir-putin/>

Souveränes Deutschland?

Der Spiegel verplappert sich bei der Frage nach staatlicher Souveränität

29 Mär. 2023 08:59 Uhr

Dass Deutschland kein souveräner Staat, sondern ein von den USA besetzter Vasall ist, wird in Washington offen gesagt. Deutsche Medien stellen das aber als «russische Propaganda» dar. Nun hat sich «Der Spiegel» bei dem Thema verplappert.

Der russische Präsident Putin weist immer wieder darauf hin, dass Deutschland kein souveräner, sondern ein von den USA besetzter Staat ist. Dafür hat Putin im Laufe der Jahre viele Beispiele angeführt: Die Nicht-Reaktion der deutschen Regierung auf die Nord-Stream-Sprengung, die deutsche Nicht-Reaktion der Bundesregierung darauf, dass US-Präsident Obama das Handy der Kanzlerin abhören liess und noch viele mehr.

Eines von Putins Beispielen dafür, dass Deutschland ein besetztes und kein souveränes Land ist, sind die US-Atombomben auf deutschem Boden, bei deren Stationierung und Modernisierung die Bundesregierung kein Mitspracherecht hat.

Dem Spiegel waren Putins Aussagen über Deutschland am 15. März sogar einen Artikel mit der Überschrift Kremlpropaganda – Deutschland laut Putin «weiter von den USA besetzt» wert, der mit folgender Einleitung begann:

«Wer in Russland Fernsehen schaut, sieht Verschwörungserzählungen. Die aktuelle Geschichte des Kremlherrschers: Die Deutschen werden von den Vereinigten Staaten kontrolliert.»

Laut Spiegel ist Deutschland also ein souveräner Staat, und wenn Putin etwas anderes behauptet, dann sind das «Verschwörungserzählungen».

Daher war ich sehr überrascht, als Der Spiegel über die Stationierung von russischen Atombomben in Weissrussland berichtet hat und aus der Stationierung russischer Atombomben in Weissrussland hergeleitet hat, Weissrussland sei kein souveräner Staat mehr. Das klang im Spiegel so:

«Bezeichnend ist auch, dass Putin die beabsichtigte Verlegung von Nuklearwaffen nach Belarus – allein, ohne Beisein von Lukaschenko – verkündete. Von der belarussischen Souveränität ist also inzwischen nicht mehr viel übrig.»

Deutschland, ein souveräner Staat?

Wir halten fest: Weil Putin die Stationierung russischer Atomwaffen in Weissrussland ohne Lukaschenko angekündigt hat, ist Weissrussland für den Spiegel kein souveräner Staat mehr.

Da stellt sich sofort die Frage, warum Der Spiegel Deutschland für einen souveränen Staat hält, denn der Bundestag hat 2010, übrigens in einem parteiübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen, unmissverständlich von der Bundesregierung gefordert:

«Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich (...) gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.»

Diese Forderung des Bundestages wurde nie zurückgezogen, ich habe danach aber keine Meldungen darüber gefunden, dass Merkel (oder heute Scholz) oder einer ihrer Minister sich bei Treffen mit ihren US-Kollegen öffentlich und «mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen» eingesetzt haben. Sie vielleicht?

Was bedeutet das? Setzt die Bundesregierung einen Beschluss des Bundestages nicht um? Das wäre ein Skandal und eine Verfassungskrise, denn laut Grundgesetz steht der Bundestag über der Regierung. Das würde bedeuten, dass die Bundesregierung Entscheidungen des Parlaments ignoriert, was definitiv nicht nur undemokratisch, sondern auch verfassungswidrig wäre.

Oder geschieht nichts, weil die Bundesregierung sehr wohl weiss, dass man sie in den USA ohnehin auslachen würde, wenn sie den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordern würde?

Ist Deutschland also ein souveräner Staat, wenn es nicht einmal entscheiden darf, welche Waffen andere Länder, konkret die USA, auf seinem Territorium stationieren? Zumal, wenn nicht nur der Bundestag den Abzug der US-Atomwaffen gefordert hat, sondern auch eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung das seit Langem fordert.

Dass die USA, natürlich ohne die deutsche Bundesregierung um Erlaubnis zu bitten, beschlossen und verkündet haben, ihre in Deutschland stationierten Atombomben zu «modernisieren», also durch moderne Exemplare auszutauschen, kommt noch hinzu.

Und übrigens, lieber Spiegel: Als die USA das verkündet haben, stand auch kein deutscher Politiker dabei. Und es war nicht einmal der US-Präsident, der das verkündet hat, es war der US-Verteidigungsminister, der das ganz ohne Anwesenheit eines Vertreters Deutschlands verkündet hat.

Nach Deiner Logik, lieber Spiegel, ist Deutschland ein ganz und gar nicht souveräner Staat. Lieber Spiegel, Du bestätigst am 28. März selbst das, was Du am 15. März noch als «Verschwörungserzählungen» des Kremls bezeichnet hast.

Wer ist souveräner: Weissrussland oder Deutschland?

Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass es im Falle Weissrusslands der weissrussische Präsident Lukaschenko war, der um die russischen Atombomben gebeten hat, um sich gegen den aggressiven Ausbau von NATO-Basen nahe der weissrussischen Grenze zu schützen.

Das ist kaum auf russischen Druck geschehen, denn zu Zeiten der Sowjetunion waren sowjetische Atomwaffen in Weissrussland gelagert, die Mitte der 90er Jahre abgezogen wurden. Der weissrussische Präsident Lukaschenko hat damals jedoch sofort angeordnet, die ehemaligen Basen für Atomwaffen für alle Fälle zu erhalten. Sie wurden daher für viel Geld instandgehalten, und zwar seit Mitte der 90er Jahre, als es in Russland noch gar keinen Präsidenten Putin gab.

Man kann von Lukaschenko halten, was man will, aber der Mann hat ein sehr ausgeprägtes Verständnis für Geopolitik und ihm war schon Mitte der 90er Jahre, als Russland und die NATO sich noch anfreundeten, klar, dass ein neuer Ost-West-Konflikt möglich, ja sogar wahrscheinlich ist.

Da die nötigen Anlagen in Weissrussland noch intakt sind, konnte Russland schon ein halbes Jahr nach Lukaschenkos Bitte, wieder russische Atomwaffen in Weissrussland zu stationieren, melden, dass dafür praktisch alles bereit sei: Im Juni 2022 hat Lukaschenko um die Waffen gebeten, im Dezember 2022 waren die Vorbereitungen – also die Umrüstung weissrussischer Kampfflugzeuge und die Ausbildung weissrussischer Piloten – abgeschlossen.

Es wäre dumm, abzustreiten, dass Weissrussland ganz klar Russlands Juniorpartner ist. Aber Weissrussland wegen der Stationierung russischer Atomwaffen auf seinem Gebiet, worum Weissrussland offen und offiziell gebeten hat, als nicht souverän zu bezeichnen, ist schlicht Unsinn.

Und wie ist das in Deutschland? In Deutschland fordert der Bundestag seit 2010 offiziell, die US-Atombomben aus Deutschland abziehen, ohne dass etwas passiert wäre. Ich habe keinen Zweifel daran, dass der Bundestag diese Forderung heute mehrheitlich zurückziehen würde, aber das ist bisher nicht passiert, was bedeutet, dass sie immer noch gilt.

Aber die Bundesregierung versuchte [und versucht] nicht einmal, die Forderung umzusetzen, und die USA ignorieren sie.

Also, lieber Spiegel: Ist Deutschland ein souveräner Staat?

Zuerst veröffentlicht auf dem Medienportal Anti-Spiegel am 28. März 2023

Thomas Röper ist Herausgeber und Blogbetreiber der Website Anti-Spiegel.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/166467-souveraenes-deutschland-spiegel>

Selensky: Niederlage in Artjomowsk würde uns zu einem Kompromiss mit Russland zwingen

29 Mär. 2023 11:25 Uhr

Der ukrainische Staatschef könnte gezwungen sein, einen Kompromiss mit Russland zu suchen, wenn die ukrainischen Truppen die Kontrolle über Artjomowsk verlieren, verkündete Wladimir Selensky. Ohne die Hilfe der USA könne die Ukraine nicht gewinnen.

Wenn die ukrainische Armee die Kontrolle über Artjomowsk (ukr.: Bachmut) verliert, wird der ukrainische Staatschef internationalem und innenpolitischem Druck ausgesetzt sein, einen Kompromiss mit Russland einzugehen. Diese Vermutung äusserte Wladimir Selensky in einem Interview mit The Associated Press. Er fügte hinzu: «Unsere Gesellschaft wird sich müde fühlen. Unsere Gesellschaft wird mich zu einem Kompromiss mit ihnen drängen.»

Weiter teilte Selensky mit, wenn Artjomowsk an die russischen Streitkräfte falle, werde Russlands Präsident Wladimir Putin «diesen Sieg an den Westen, an seine Gesellschaft, an China und an Iran verkaufen».

Selensky äusserte zudem die Befürchtung, dass der Krieg durch politische Veränderungen in Washington beeinträchtigt werden könnte. Ihm zufolge werde die Ukraine «nicht gewinnen, wenn die Vereinigten Staaten die Unterstützung für die Ukraine einstellen».

Dabei könnte jede Niederlage in dieser Phase des Krieges die Moral der ukrainischen Truppen gefährden, sagte der ukrainische Präsident. Er erklärte weiter: «Wir können die Schritte nicht verlieren, weil der Krieg ein Kuchen ist – Stücke von Siegen. Kleine Siege, kleine Schritte.»

Die Kämpfe um Artjomowsk dauern bereits seit mehreren Monaten an. Anfang März hatten die ukrainischen Kommandostrukturen einen Truppenabzug aus der Stadt ausgeschlossen. Selensky erklärte daraufhin, dass das russische Militär im Falle einer Kapitulation der ukrainischen Truppen von Artjomowsk aus erheblich vorrücken könnte. «Dies wäre ein offener Weg zu anderen Städten am Frontabschnitt Donezk», sagte er.

Das Pentagon sieht die Rolle Artjomowsks eher symbolisch als strategisch. Anfang März schloss NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht aus, dass sich die ukrainischen Streitkräfte «in den kommenden Tagen» aus der Stadt zurückziehen könnten.

Russlands Verteidigungsministerium erklärte jedoch, eine Einnahme von Artjomowsk werde «weitere Offensivoperationen tief in die Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine hinein» ermöglichen. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bezeichnete die Stadt als wichtiges Verteidigungszentrum der ukrainischen Armee in der Region.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/international/166479-im-falle-niederlage-in-artjomowsk/>

Korruptes Land im Osten – Kennt der grosse Schauspieler und Führer sein von den Amis vorbestimmtes Schicksal?

Mittwoch, 29. März 2023, von Freeman-Fortsetzung um 11:27



Wurde erst mit
Waffen beliefert
und dann getötet.



Wurde erst mit
Waffen beliefert
und dann getötet.



Wurde erst mit
Waffen beliefert
und dann getötet.



Ob er bereits von
seinem Glück weiß?

Keiner der jetzigen «Freunde» wird ihm dann helfen.

Schauen sie auf das Schicksal des Schah von Persien, Mubarak etc.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/03/korruptes-land-im-osten-kennt-der.html#ixzz7xLFNwllh>

Salome Billy,

gestern hatte ich Dir das Interview von Nikolaj Patruschew zugeschickt. Eine Aussage von ihm, wo er meint, dass es sogenannten Holodomor (Hungersnot) in der Ukraine in 1930er Jahren gegeben hat, stimmt nicht. Dazu gibt es viele anders sprechende Beweise im russischen Youtube und Internet. Damals in 30er Jahren allein sind mindestens 4 Millionen Menschen an Hunger in der Ukraine ums Leben gekommen. www.youtube.com/watch?v=zMOPUsfFewo – das ist eines von vielen Video über dieses Thema. Und unten ist die Passage von Patruschew:

«Amerikanische und europäische Politiker (vergessen) heute nicht nur unbequeme Tatsachen aus der Vergangenheit, sondern schreiben die Geschichte bewusst um, sogar unter Missachtung des gesunden Menschenverstands. Das zeigt sich in der heuchlerischen Kampagne zur Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Sie haben sich sogar ausgedacht, dass Europa allein von Ukrainern von den Nazis befreit wurde. Sie verbreiten den Mythos vom Holodomor als einen Akt des Völkermords.»

Nikolaj Patruschew: «Diejenigen, die die Geschichte kennen und nicht versuchen, sie zu verfälschen, wissen sehr wohl, dass in den 1920er und 1930er Jahren der Zugang zu Nahrungsmitteln in der RSFSR schlechter war als in der Ukraine. Das ist dokumentiert und es gibt viele Fakten. Ein Beispiel ist die Biografie von Grigori Bojarinow, einem Helden der Sowjetunion. Sein hundertster Geburtstag wurde Ende letzten Jahres gefeiert. Der bekannte Geheimdienstler, der am Grossen Vaterländischen Krieg und an einer Reihe von Spezialoperationen teilnahm, starb bei der Erstürmung von Amins Palast in Afghanistan. Er wurde 1922 in der Region Smolensk geboren, sein Vater war Vorsitzender einer Kolchose. In den 1930er Jahren zog seine Familie jedoch in die Ukraine, da es dort einfacher war, sich zu ernähren und zu überleben.»

Das war nur eine Aussage in diesem Interview, was mich gestört hat.

Wollte Dich auf diese Stelle aufmerksam machen, damit Du Bescheid weisst. Aber die Plejaren haben bestimmt ganz genaue Daten um diese ganze Geschichte mit dem Hunger in damaligen Sowjet Union.

Liebe Grüsse
Johann

Nachdenken über Deutschland, Europa und die Welt: Dr. Hauke Ritz mit halbkonspirativem Vortrag

31 März, 2023 06:45 Uhr

Der Zusammenstoss Russlands und des Westens war vielfach vorhergesagt worden und wohl auch unvermeidlich. Objektiv ist er im Interesse der USA, nicht der Europäer, doch Letztere folgen willig. Die Frage nach dem Warum bleibt auch am Ende eines ansonsten erhellenden Vortrags offen, den Dr. Hauke Ritz am Montag in Berlin hielt.

Von Anton Gentzen

Dr. Hauke Ritz ist langjährigen Lesern von RT bekannt durch eine elfteilige Exklusiv-Artikelreihe mit dem Titel «Die Logik des neuen Kalten Krieges» im Jahr 2016. Schon damals hatte sich der Kulturwissenschaftler und promovierte Philosoph der Frage gewidmet, warum es nach dem hoffnungsvollen Start in ein gesamt-europäisches Friedensprojekt 1989 zum Rückfall in die russisch-US-amerikanische Konfrontation hatte kommen können und warum Europa gegen die eigenen Interessen den USA so bereitwillig in den neuen Kalten Krieg gefolgt war. Später veröffentlichte Ritz zusammen mit der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot das Buch «Endspiel Europa», die beiden stellten es in einem zweiteiligen Interview auf den NachDenkSeiten vor, RT berichtete. Im Januar gab er dem Journalisten Flavio von Witzleben ein grösseres Interview, auch darüber hatte RT berichtet.

Es ist ein ungemütlicher Abend in Berlin. Es nieselt, stürmt, und kurzzeitig hagelt es gar. Deutsche Bahn und S-Bahn streiken, die BVG fährt. Grösstenteils. An einem konspirativen Ort im Westberliner Villenvorort sammelt sich in der Dämmerung allen Widrigkeiten zum Trotz ein handverlesenes Publikum: 100, vielleicht 120 Frauen und Männer, denen man ansieht, dass sie schon in den 80ern dies- und jenseits der Mauer für den Frieden gekämpft hatten. Einladungen werden per E-Mail verschickt oder per Hand weitergereicht. Ob man in den 80ern den Vortrag eines promovierten Denkers auch so hatte abschirmen müssen? Vielleicht in Ostberlin, nicht aber an der Freien Uni, die hier ganz in der Nähe ist und sich bis vor Kurzem dafür gerühmt hatte, kritischen Geistern und subversiven Ideen freien Raum zu geben.

Die fast konspirative Vorsicht hat einen Grund: Es ist keine zwei Wochen her, dass eine Veranstaltung mit Dr. Hauke Ritz nach einer für unsere Zeit typischen medialen Shitstorm-Kampagne abgesagt werden musste, RT berichtete. Freies Denken und ungehindertes Reden für kritische Geister? Nicht im «woken» und regierungstreuen Berlin unserer Tage.

Immerhin, nach der skandalösen Absage der Filmvorführung mit Ritz in der Pankower «Brotfabrik» hagelte es auch Solidarität und Raumangebote, wie die Vorsitzende des Organisatorenkreises zu Beginn der heutigen Veranstaltung berichtet. Eines dieser Raumangebote hat man angenommen und sitzt nun hier im Kreise Gleichgesinnter.

Dann betritt Ritz das Podium. Die Thesen seines Vortrags sind eine Fortentwicklung dessen, was er schon im RT-Elfteiler des Jahres 2016 formuliert hatte. Der Zug ist nun dort angekommen, wohin die Reise damals schon gegangen war. Dass Russland als Erstes losschlagen würde, kam für ihn überraschend, nicht aber der Krieg selbst. Darauf lief alles hinaus, ruft der Vortragende in Erinnerung.

Nun befinde man sich in einer Eskalationsspirale, die allmählich ausser Kontrolle gerät. Die Eskalation hat ihre eigene Logik, und für diejenigen, die sie bislang vorangetrieben haben, gibt es kein Ausbrechen. Wie soll etwa Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Sieg der Ukraine als alternativlosen Ausgang des Krieges verkündet hat, wie soll eine Ursula von der Leyen, die die russische Wirtschaft vernichten will, von ihren Maximalposition zurückweichen und Kompromisse eingehen können? Und zur deutschen Aussenministerin habe er gar nichts mehr zu sagen, erklärt Ritz und bekommt dafür seinen zweiten Applaus an diesem Abend.

Die Unterbrechung der Eskalationsspirale könne nur, fährt er fort, aus der Gesellschaft kommen. Wenn Bürger demonstrierten und massenweise ihren Abgeordneten schrieben, gäbe es noch eine Chance, den absehbaren nuklearen Höhepunkt der Eskalation abzuwenden. Und die nukleare Phase sei bereits erreicht: mit der Lieferung von Munition mit abgereichertem Uran an die Ukraine, mit der Stationierung russischer Atomwaffen in Weissrussland.

Um zu verstehen, wie ein erlösender Kompromiss aussehen kann, müsse man sich um Einsicht in die Kerninteressen der anderen Seite bemühen. Warum nehmen die Konfliktparteien – und hier gibt es keinen Zweifel, dass es Russland einerseits und der von den USA geführte Westen andererseits sind – so absolute, so unnachgiebige Positionen ein? Die Antwort von Ritz:

«Für beide Seiten geht es um die Existenz.»

Hier muss ich zum ersten Mal an diesem Abend stutzen. Ja, für Russland geht es tatsächlich um die Existenz. Der Westen sagt bereits offen, was seine Pläne für russisches Land und russisches Volk sind: teilen, zerreiben und schliesslich als Nation tilgen. Doch für die USA? Unterliegen sie in diesem Konflikt, bedeutet dies die Rückkehr zur Existenz als ein «normales» Volk, als Gleicher unter Gleichen. Es ist da also der Verlust von Privilegien und unnatürlicher Macht, vielleicht auch von Wohlstand, der eintreten wird. Leben von der eigenen Hände Arbeit und den (gigantischen) Ressourcen des eigenen Landes wäre die Folge. Existenziell würde ich dies nicht nennen.

Keine Frage: Ein Mafiaboss wird auch um seine Macht und die Möglichkeit, zu rauben und Schutzgelder zu kassieren, so kämpfen, als ginge es um seine Existenz.

Warum aber schiessen sich die USA ausgerechnet auf Russland so ein? Ritz meint, das liege daran, dass sich sämtliche Schwächen der unipolaren Weltordnung aus der Existenz dieses Riesenlandes ergeben. Die Weltherrschaft eines imperialen Hegemonen ruhe stets auf fünf Standbeinen, so der Kulturwissenschaftler und Philosoph: seiner militärischen Macht, seiner geografischen Lage, der Kontrolle über Rohstoffe, der wirtschaftlichen Dominanz und seiner kulturellen Attraktivität (auch "soft power" genannt). In keinem dieser Punkte haben die USA bis heute ein ausreichend festes, problemloses Standbein, und stets ist es Russland, das der Erlangung absoluter Stärke entgegensteht.

Militärisch sind die USA gezwungen, die Projektion ihrer Macht auch auf Drittländer zu mässigen, solange Russland über ein ungebrochenes Zweitschlagspotenzial verfügt. Dank ihres Nuklearschildes können die USA theoretisch jedes andere Land der Welt – auch eines mit einem kleineren Arsenal an Nuklearsprengköpfen – atomar angreifen, ohne einen Vergeltungsschlag fürchten zu müssen: Die meisten Waffen des Gegners würden bei dem entwaffnenden Erstschlag vernichtet, mit dem Rest würde die Luftabwehr fertig. Theoretisch ermöglicht es dies den USA, andere Länder nuklear zu erpressen. Die einzige Ausnahme hiervon war die Sowjetunion, die über ein riesiges, den USA ebenbürtiges Arsenal verfügte und deshalb in allen Szenarien genug Raketen und Sprengköpfe für den Zweitschlag aufbringen würde, um den USA unzumutbaren Schaden zuzufügen. Russland als Haupterbe sowjetischer Militärmacht hatte anfänglich dieselben Fähigkeiten.

Das in den 90er-Jahren vorherrschende Kalkül, Russland werde sein nukleares Arsenal infolge wirtschaftlicher Schwäche verlieren, indem es schlicht veraltet, verrottet und nicht erneuert wird, ist nicht aufgegangen: Russland hat unter Wladimir Putin das sowjetische Arsenal erhalten, modernisiert und altersbedingt Ausfallendes teilweise ersetzt. Nicht nur Russland selbst, auch Drittländer können sich nuklearer US-Erpressung deshalb mit Erfolg entziehen: Solange zwei Länder ein grosses Atomwaffenarsenal haben, gibt es kein US-Gewaltmonopol auf dem Planeten.

Geografisch krankt das US-Imperium daran, dass es fernab Eurasiens liegt, das in jeder Hinsicht Schwerpunkt und Mittelpunkt der menschlichen Zivilisation ist (zwei Drittel der Bevölkerung leben hier, auch sind zwei

Drittel der Ressourcen hier konzentriert). Es kann Eurasien nur an seinen Küsten (und über seinen europäischen Brückenkopf) kontrollieren. Russland hingegen liegt quasi mittendrin.

Warum Russland mit seinen Reichtümern einem Ressourcenmonopol des Imperiums entgegensteht, liegt auf der Hand, weniger jedoch warum es eine Gefahr für die US-Soft-Power ist, die angesichts von Hollywood, McDonald's und Google so überwältigt. Ritz dazu: Anders als China ist Russland (wie die USA) selbst Teil und Erbe der europäisch geprägten Weltkultur. Mit diesem «Bein in der Tür» sei es auch (von den Europäern selbst abgesehen, die allerdings vor dem kulturellen US-Dominanz längst kapituliert hätten) der Einzige, der eine Gegeninterpretation des europäischen kulturellen Erbes vornehmen und das amerikanische Monopol herausfordern könne.

Je weiter der Redner mit der Aufzählung seiner Punkte voranschreitet, desto mehr leuchtet es jedem im Saal ein: Der Zusammenprall der USA und Russlands war unvermeidbar und folgt der unerbittlichen Logik eines herausgeforderten Imperiums. Doch eine Frage kann auch er nicht beantworten und stellt sie beinahe erschüttert in den Raum: Warum folgen die Europäer dieser ihren objektiven Interessen zuwiderlaufenden Logik? Warum haben sie die Idee der europäischen Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural (und des darauf aufbauenden Weltfriedens von San Francisco bis Wladiwostok, von San Francisco aus Richtung Osten gesehen) widerstandslos aufgegeben? Warum entwickelten europäische Thinktanks keine auf europäischen Interessen beruhenden Analysen und Konzepte?

Ein Zwischenrufer ist in diesem Punkt klüger als Herr Doktor: Waren es nicht Europäer, die Kolonialismus und Imperialismus erfunden und patentiert haben? Ja, waren sie! Und die Russophobie und den Faschismus, möchte man ergänzen. Dieser tief verwurzelte Geist, dem sie nicht entrinnen können (er ist keineswegs überwunden, wie Ritz in der Replik meinte), hat sie daran gehindert, die zur gleichberechtigten Partnerschaft ausgestreckte Hand Russlands zu ergreifen. Statt der Unsicherheit, auf das russische Wort angewiesen zu sein, wählten sie den ihnen vertrauten Weg der Unterwerfung, des Raubs und der Plünderung. Und stehen nun plötzlich – anders als die USA, sollte die Eroberung russischer Ressourcen misslingen – tatsächlich vor einem existenziellen Problem. Das aber kann nur ein materialistisch denkender, kein idealistischer Philosoph wie Ritz erkennen.

Gibt es einen Ausweg? Nun, da gibt es noch die Grosszügigkeit der russischen Seele. Die ist paradoxerweise auch eine Idealistin. Auf die Knie gehen und um Vergebung bitten, das würde helfen.

Quelle: <https://freeassange.rtdc.me/meinung/166599-nachdenken-ueber-deutschland-europa-und-die-welt/>

Wie das «Einsiedlerkönigreich» zur weltweiten Kontrollgruppe für die grösste Impfstudie aller Zeiten wurde

uncut-news.ch, März 30, 2023



Isoliert vom Rest der Welt gelang es dem australischen Bundesstaat Westaustralien (WA), Covid fast das ganze Jahr 2021 über fernzuhalten. In dieser Zeit wurden fast vier Millionen Dosen des Impfstoffs Covid an die Bevölkerung verabreicht. Der Bericht über die Impfstoffsicherheit in Westaustralien für das Jahr 2021 wurde soeben veröffentlicht, und die Ergebnisse sind düster: Ein «exponentieller Anstieg» der unerwünschten Ereignisse, mit dem die Krankenhäuser nur schwer fertig werden.

Zu Beginn der Einführung des Covid-Impfstoffs in Australien im Februar 2021 erklärte Gesundheitsminister Greg Hunt gegenüber ABC Insiders: «Die Welt befindet sich in der grössten klinischen Studie, der grössten globalen Impfstudie aller Zeiten.»

In der Tat wurden noch nie zuvor Milliarden von Menschen mit Impfstoffen geimpft, die sich in der Testphase befanden und nur vorläufig zugelassen waren.



Greg Hunt erklärt, warum der Premierminister den Impfstoff zuerst bekommen hat. (Bild: ABC Insiders)

Bei diesem realen Experiment sollten zwei Ergebnisse gemessen werden: die Sicherheit und die Wirksamkeit des neuen Covid-Impfstoffs. In der Eile, die Nadeln in die Arme zu bekommen, wurde das Experiment jedoch durch Covid-Infektionen vereitelt. In Regionen, in denen die Bevölkerung geimpft wurde, während sich das SARS-Cov-2-Virus ausbreitete, war es schwieriger, zwischen dem Covid-Impfstoff und den Auswirkungen der Covid-Infektion zu unterscheiden. So sind unter anderem Beobachtungsstudien zu widersprüchlichen Schlussfolgerungen darüber gekommen, inwieweit die Zunahme von Myo- und Perikarditis während der Pandemie auf die Impfung oder die Infektion zurückzuführen ist.

Es gibt nur wenige Regionen auf der Welt, in denen der grösste Teil der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Covid in der Bevölkerung geimpft wurde. Die 697 Tage andauernde Abriegelung vom Rest Australiens und der Welt brachte WA den Beinamen «Einsiedlerkönigreich» ein. Der Premierminister des Bundesstaates, Mark McGowan, wies auf die einzigartige Rolle von Westaustralien bei dem weltweiten Impfversuch hin und sagte auf einer Pressekonferenz Anfang 2022: «Westaustralien ist ein Experiment. Bei uns gab es nur sehr wenige Omikron-Fälle, wir haben eine sehr hohe Durchimpfungsrate, und wir haben eine sehr willige Bevölkerung.»

Im Königreich der Einsiedler führte die strikte Null-Covid-Politik dazu, dass WA bis zum 31. Dezember 2021 nur 1158 Covid-Fälle während der Pandemie gezählt hat. Gleichzeitig sorgten das stark geförderte Impfprogramm der Regierung McGowan und aggressive Arbeitsaufträge dafür, dass bis Ende 2021 mehr als 90% der «gesetzestreu» Bevölkerung über 12 Jahren in WA mindestens eine Dosis des Covid-Impfstoffs erhalten hatten.

Die Einführung des Covid-Impfstoffs begann in Westaustralien am 22. Februar 2021. Das bedeutet, dass wir fast ein Jahr lang Sicherheitsdaten aus der Impfstoffüberwachung haben, die nicht durch eine Covid-Infektion verursacht wurden. Die Daten wurden schliesslich diesen Monat im West Australian Vaccine Safety Surveillance (WAVSS) Bericht für 2021 veröffentlicht, und die Ergebnisse sind atemberaubend. Aber nicht auf eine gute Art.

Aus dem Bericht: «Die Zahl der unerwünschten Ereignisse nach einer Impfung (AEFI), die der Western Australia Vaccine Safety Surveillance (WAVSS) gemeldet wurden, war im Jahr 2021 deutlich höher als in den Vorjahren... aufgrund der Einführung des COVID-19-Impfprogramms.»

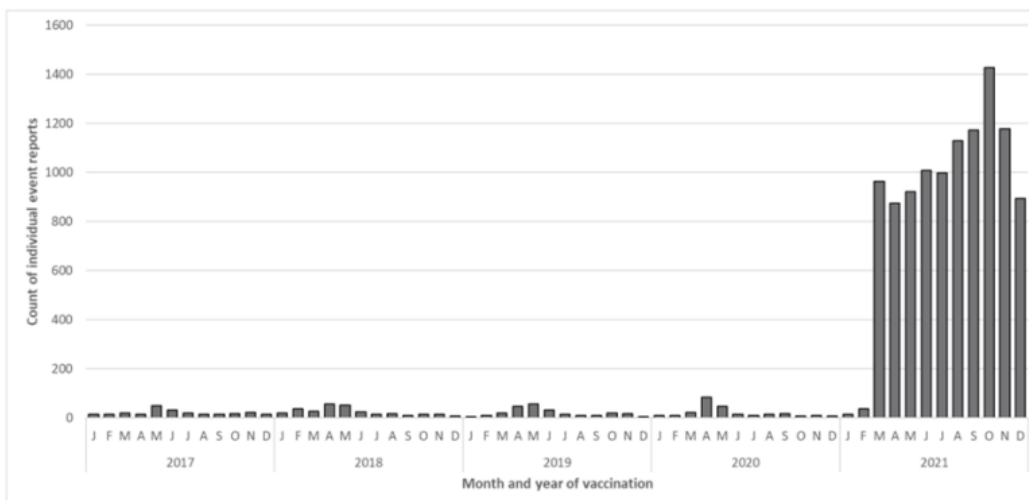


Figure 2: Adverse events following immunisation reported to WAVSS by month, 2017-2021, excluding active surveillance reports for routine vaccination adverse events.

Im Jahr 2021 wurden AEFIs für Covid-Impfstoffe fast 24-mal so häufig gemeldet wie AEFIs für alle anderen Impfstoffe zusammen.* Der Bericht bezeichnet dieses Phänomen als «exponentiellen Anstieg», der in der nebenstehenden Grafik deutlich zu erkennen ist.

Table 14: Numbers of vaccines administered, and adverse events reported, with rate of adverse events, for non COVID-19 vaccines and COVID-19 vaccines, 2021.

Vaccine type	Number of vaccines administered in 2021	Number of adverse events reported to WAVSS	Rate of adverse events per 100,000 doses
Non COVID-19	1,808,050	200	11.1
COVID-19	3,948,673	10,428	264.1

Im Jahr 2021 wurden fast vier Millionen Dosen Covid-Impfstoff an die Bevölkerung von WA verabreicht, wobei im gleichen Zeitraum 10'428 AEFIs gemeldet wurden. 57% dieser AEFIs wurden in Krankenhäusern oder in der Notaufnahme behandelt. Im Gegensatz dazu erklärte ein Sprecher der TGA gegenüber Umbrella News, dass es sich bei der Mehrzahl der Berichte über unerwünschte Ereignisse bei COVID-19-Impfstoffen um übliche, erwartete und häufig milde Reaktionen handelte. Da eine Einlieferung ins Krankenhaus nicht mild ist, ist WA entweder ein Ausreisser oder die Aussage der TGA deutet darauf hin, dass eine Einlieferung ins Krankenhaus «üblich und zu erwartend» war.

In der zweiten Jahreshälfte, als die AEFIs ihren Höhepunkt erreichten, berichteten die Medien regelmässig, dass die Krankenhäuser in WA überlastet waren, obwohl es keine Covid-Fälle gab. Der Monat mit den meisten AEFI-Meldungen war der Oktober, also derselbe Monat, in dem die Impfpflicht für einen Grossteil der Belegschaft bekannt gegeben wurde, die Kriterien für die Impfung auf Personen ab 18 Jahren ausgeweitet wurden und die Impfung ohne Anmeldung möglich wurde.

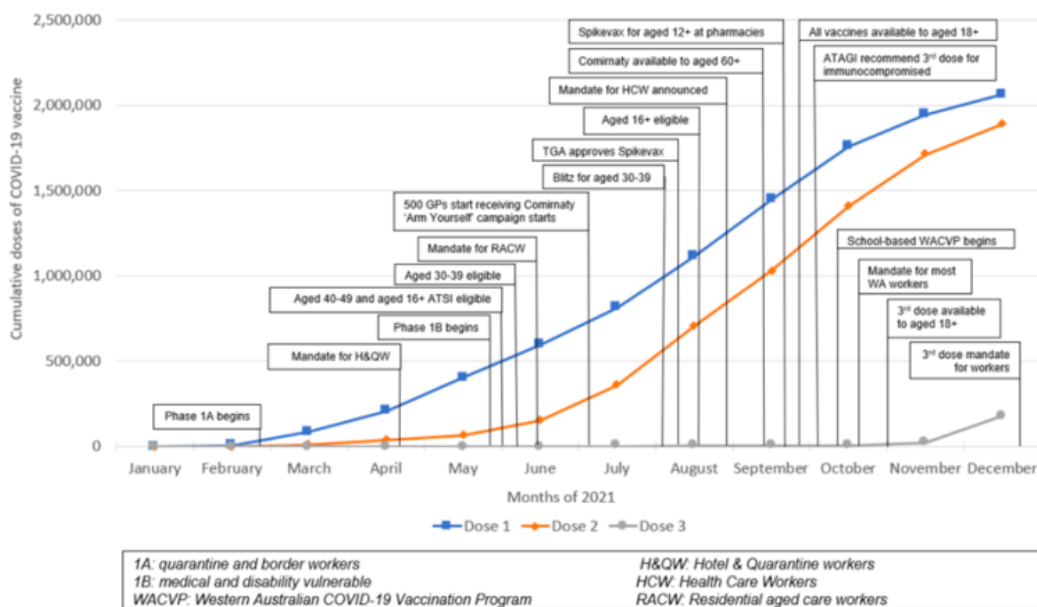


Figure 1. Timeline of COVID-19 vaccine coverage (%) in Western Australia by month in 2021 with significant program time points

Am 31. Oktober erklärte Premierminister Mark McGowan auf einer Pressekonferenz, die Krankenhäuser stünden «unter enormem Druck», aber es sei schwer zu sagen, warum das so sei. McGowan spekulierte, dass die Ursache eine verzögerte Reaktion auf Covid sein könnte; allerdings gab es im Monat Oktober nur 16 Fälle von Covid. Im selben Monat gab es über 1400 AEFI-Meldungen für alle Impfungen, von denen die meisten mit der Covid-Impfung zusammenhingen.

Ein herausragendes Ergebnis des Berichts ist, dass die Hintergrundraten von Myokarditis und Perikarditis um 35% und 25% gestiegen sind. Die gemeldeten Raten beider Erkrankungen nach der Impfung mit Spikevax von Moderna und Comirnaty von Pfizer waren wesentlich höher als die von der TGA im selben Zeitraum gemeldeten nationalen Raten. Schockierenderweise lag das Risiko einer Herzbeutelentzündung in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen bei 53,5 Fällen pro 100'000 Dosen Spikevax. Es ist vielleicht nicht überraschend, dass Brustschmerzen die fünfthäufigste gemeldete AEFI für Covid-Impfstoffe im Jahr 2021 waren.

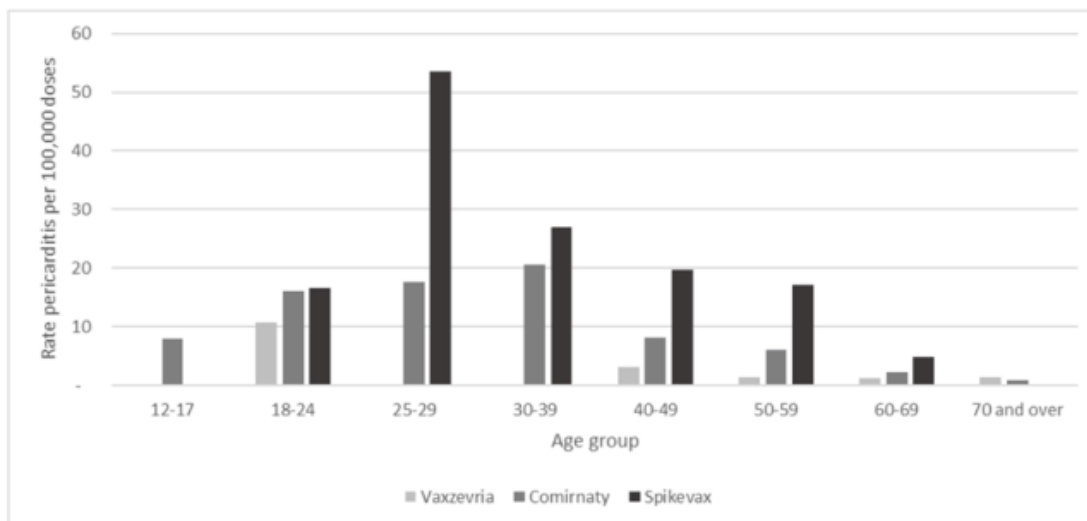
Der Bericht dokumentiert weitere schwerwiegende und lebensbedrohliche AEFI, die zu zahlreich sind, um sie hier im Einzelnen aufzuführen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts wurden siebenundachtzig Todesfälle gemeldet, von denen jedoch nur ein einziger in ursächlichem Zusammenhang mit einer Impfung stand (Vaxzevria von AstraZeneca).

Table 12: Background rates (WA) of myocarditis and pericarditis prior to (2016-2020) and after (2021) the introduction of COVID-19 vaccination. Rates calculated based on principal diagnosis for emergency department presentations and hospital inpatients.

Time period	Myocarditis rate (per 10,000 separations ^a)	Pericarditis rate (per 10,000 separations)
2016-2020	0.556	3.903
2021	0.749	4.892

^a A separation refers to a patient being discharged from hospital

Figure 12. Rates of confirmed pericarditis cases per brand of COVID-19 vaccinations by age group, 2021



Angesichts des Fehlens einer Covid-Infektion und der hohen Inzidenz von AEFIs im Zusammenhang mit Covid-Impfstoffen im Jahr 2021 ist eine Untersuchung sicherlich gerechtfertigt. Schliesslich wurden Impfstoffe schon aus anderen Gründen vom Markt genommen. Fluvax Junior wurde 2010 von der TGA nach einer Untersuchung vom Markt genommen, die durch 25 Berichte über Fieberkrämpfe (16 davon aus Westaustralien) ausgelöst worden war. In dem Bericht über die Sicherheit des Impfstoffs wird jedoch keine spezielle Untersuchung erwähnt. WA Health hat auf die Bitte um Stellungnahme nicht reagiert.

Zu dem massiven Anstieg der AEFI-Meldungen nach der Covid-Impfung heisst es in dem Bericht: «Die hohe Zahl der Meldungen im Jahr 2021 nach der COVID-19-Impfung spiegelt die höhere Akzeptanz der COVID-19-Impfung und das grosse Engagement der Öffentlichkeit und der Gesundheitsdienstleister bei der Überwachung der Impfstoffsicherheit wider.»

Es wird nicht erwähnt, dass eine erhöhte Melderate (d. h. nicht die rohen Zahlen, sondern die Rate) teilweise darauf zurückzuführen sein könnte, dass die Covid-Impfstoffe mehr AEFIs verursachen als herkömmliche Impfstoffe.

Die Sicherheitsüberwachungsdaten aus dem WA-Versuch zeigen, dass die Covid-Impfstoffe im Vergleich zu den herkömmlichen Impfstoffen mit erheblichen Schäden verbunden sind, wenn keine Covid-Infektionen in der Bevölkerung auftreten. Nach dem Vorsorgeprinzip sollte das Covid-Impfprogramm pausiert werden, bis weitere Untersuchungen durchgeführt werden können, um festzustellen, warum es in WA nach der Einführung des Covid-Impfstoffs zu einem derartigen «exponentiellen Anstieg» der AEFIs kam.

*Im WAVSS-Bericht 2021 über die Überwachung der Impfstoffsicherheit fehlen 98 AEFI für die Kategorie «alle anderen Impfstoffe», die im Rahmen des aktiven Überwachungsprogramms SafeVax erfasst wurden. Hätte der Bericht die 98 AEFIs berücksichtigt, dann wäre der Anteil der AEFIs bei Covid-Impfstoffen 16x so hoch wie bei allen anderen Impfstoffen (im Gegensatz zu 24x laut WAVSS-Bericht).

WA Health wurde zur Klärung kontaktiert, hat aber nicht geantwortet.

QUELLE: HOW THE 'HERMIT KINGDOM' BECAME THE WORLD'S CONTROL GROUP FOR THE LARGEST VACCINATION TRIAL EVER

Quelle: <https://uncutnews.ch/wie-das-einsiedlerkoenigreich-zur-weltweiten-kontrollgruppe-fuer-die-groesste-impfstudie-aller-zeiten-wurde/>

Plötzlicher Wandel! Kinder und Jugendliche sollten nicht gegen Covid geimpft werden.

uncut-news.ch, März 30, 2023

WHO-Beamte behaupten nun, es bestehe keine Notwendigkeit, gesunde Kinder und Jugendliche zu impfen, nachdem sie sich aggressiv für deren Injektion eingesetzt haben. Kinderärzte sagen, die Impfung von Kindern sei ein Verbrechen, das zu einem enormen Anstieg der Kindersterblichkeit und einer Explosion der Fälle von unheilbaren Krankheiten geführt habe.

In Rumänien wurde die Zahl der verabreichten Dosen des pädiatrischen Covid-Impfstoffs Ende Oktober 2022 bei 19'069 gestoppt. Somit haben 10'089 Kinder eine Dosis erhalten, von denen 8930 die zweite Dosis und nur 50 die dritte Dosis injiziert bekamen. Die Kampagne zur Impfung der Kinder ist in unserem Land noch nicht abgeschlossen, aber die Eltern haben endlich verstanden, dass sie ihre Kinder schützen müssen. Jetzt sagt die WHO, dass es nicht mehr notwendig sei, gesunde Kinder und Jugendliche zu impfen, da sie nicht mehr gefährdet seien. Aber wann waren sie jemals gefährdet, solange schwere Formen und die Sterblichkeit durch Covid bei ihnen weltweit nur einen unbedeutenden Prozentsatz ausmachten, und das auch nur bei denjenigen, die schwere Begleiterkrankungen hatten?



Die WHO-Vertreter erklärten, dass die erste Dosis und die Auffrischungsimpfung für Kinder und Jugendliche sicher und wirksam seien, wobei sie einräumten, dass diese in der Regel auch weniger schwere Reaktionen auf Covid zeigten als Erwachsene. Zu den Nebenwirkungen des Covid-Impfstoffs wurde jedoch nichts gesagt. Kinderärzte weisen darauf hin, dass die Impfung von Kindern gegen Covid ein echtes Verbrechen war. «Die WHO ist nicht mehr glaubwürdig. Die Anti-Covid-Impfung von Kindern hat zu einem 17-fachen Anstieg der Kindersterblichkeit in Europa geführt, und das sind die offiziellen Daten. Sie hat auch zu einem explosionsartigen Anstieg des systemischen multientzündlichen Syndroms geführt, im Vergleich zu 2020, als man in 80 Krankenhäusern kaum ein paar Kinder mit diesem Syndrom fand. Hinzu kommen Myokarditis und Perikarditis bei Kindern, ganz zu schweigen von der starken Zunahme der Fälle von Rückenmarksaplasie, die innerhalb eines Monats nach der Diagnose zum Tod führen», so der Kinderarzt Damian Baciu.

Anstieg der Säuglingssterblichkeit

Die Zahl der Todesfälle bei Neugeborenen von Müttern, die gegen Covid geimpft wurden, nimmt zu, berichtet Dr. Damian Baciu. «Bei einer normalen Entwicklung während der Schwangerschaft starben diese Babys innerhalb der ersten zwei Tage nach der Geburt. Vom ersten Moment der Geburt an waren diese Babys bereits in einem Atemstillstand. Wenn die Daten veröffentlicht werden, werden wir einen Anstieg der Säuglingssterblichkeit in unserem Land feststellen. Leider wird der Covid-Impfstoff immer noch für schwangere Frauen empfohlen», sagte Dr. Damian Baciu. Bei ihrer Aufforderung an schwangere Frauen, sich mit dem Covid-Impfstoff impfen zu lassen, berief sich die Regierung auf eine Erklärung des Direktors des National Institute of Allergy and Infectious Diseases, des umstrittenen Dr. Anthony Fauci, der sagte: «Es sieht hervorragend aus für den Zusammenhang zwischen der Impfung und dem Schutz schwangerer Frauen vor nachteiligen Folgen für sie und ihr ungeborenes Kind.»

Explosives Wachstum

Nach Angaben des Johns-Hopkins-Instituts, das in der klinischen Forschung weltweit führend ist, lag die Todesrate bei 12 Millionen Kindern im Vereinigten Königreich im Falle einer Covid-19-Infektion bei 0,002, fügt Dr. Damian Baciu hinzu. «Was nach der Einführung der Injektion geschah, ist eine Katastrophe. Die Statistiken zeigen, dass bei 800–870 Personen, die gegen Covid geimpft wurden, eine schwerwiegende unerwünschte Wirkung auftrat», so Dr. Damian Baciu. Die Fälle von Kreuzfeld-Jacob, einer Erkrankung des zentralen Nervensystems mit Symptomen wie Koordinations- und Gleichgewichtsstörungen, Zittern und unkontrollierten krampfartigen Bewegungen, haben explosionsartig zugenommen. In Frankreich zum Beispiel, in dem in 18 Jahren insgesamt 28 Fälle verzeichnet wurden, wurden innerhalb eines Jahres nach Einführung des Impfstoffs gegen Covid 26 Fälle gemeldet. «Es gab einen Unterschied zwischen denjenigen,

bei denen die Krankheit bereits vorher diagnostiziert worden war, und denjenigen, die erst nach Beginn der Impfung diagnostiziert wurden. Bei den alten Fällen dauerte es Jahre von der Diagnose bis zum Tod, aber bei den neuen Fällen betrug die durchschnittliche Lebenserwartung zwei bis drei Monate», sagte Dr. Damian Baciu.

QUELLE: S-AU SUCIT! COPIII ŞI TINERII NU TREBUIE VACCINAŢI ANTI-COVID

Quelle: <https://uncutnews.ch/ploetzlicher-wandel-kinder-und-jugendliche-sollten-nicht-gegen-covid-geimpft-werden/>

Irak-Krieg 20 Jahre später... Kollektive westliche Amnesie über das anglo-amerikanische Jahrhundertverbrechen

uncut-news.ch, März 30, 2023



Die moralisch bankrotten westlichen Medien haben gelogen, um den Irak-Krieg zu beginnen, wie sie es auch bei anderen Kriegen für ihre imperialen Herren pflichtbewusst taten. Zwanzig Jahre später sind die westlichen Medien wieder dabei.

In der letzten Woche, am 20. März, jährte sich der Beginn des US-amerikanisch-britischen Krieges gegen den Irak zum zwanzigsten Mal. Der Krieg forderte über eine Million Menschenleben und führte zu einer zehnjährigen brutalen militärischen Besatzung. Er brachte einen sektiererischen Bürgerkrieg, Millionen von Vertriebenen und Mittellosen sowie einen Terrorismus hervor, der den gesamten Nahen Osten sowie grosse Teile Afrikas und Asiens erfasste. Der Irak und mehrere andere alte Nationen wurden durch den anglo-amerikanischen Krieg zerstört. Und es war ein Krieg, der auf eklatanten amerikanischen und britischen Lügen über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen beruhte.

Der 20. Jahrestag des US-amerikanisch-britischen Krieges gegen den Irak, der auch von NATO-Partnern unterstützt wurde, sollte Anlass für eine ordnungsgemässe Rechenschaftslegung und die Verfolgung amerikanischer und britischer Politiker und Militärs wegen Kriegsverbrechen nach Nürnberger Standards sein. Personen wie George W. Bush, der ehemalige US-Präsident, und Tony Blair, der ehemalige britische Premierminister, sollten wegen Kapitalverbrechen ins Gefängnis gehen. Auch der derzeitige US-Präsident Joe Biden sollte auf der Anklagebank sitzen, da seine Rolle als hochrangiger Senator damals entscheidend dazu beitrug, den Krieg zu ermöglichen. Ebenfalls angeklagt werden sollten mehrere westliche Medien wie die «New York Times» und die «Washington Post», die die Lügen verbreiteten, mit denen der Krieg begründet wurde.

Es ist bedauerlich, dass der Mann, der so viel Licht in die Verbrechen gebracht hat, der Verleger Julian Assange, in einem Folterkerker schmachtet.

Zwanzig Jahre später herrscht bei westlichen Politikern und Medien ein unheimliches Gefühl kollektiver Amnesie in Bezug auf die kolossalen Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Irak. Es ist fast so, als ob es sie nicht gegeben hätte. Die westlichen Protagonisten und ihre Propagandakanäle sind mit dem Massenmord davongekommen.

In dieser Woche jährte sich ein weiterer abscheulicher Tag, der beschämenderweise mit demselben westlichen Schweigen und derselben Gleichgültigkeit begangen wurde. Am 24. März 1999 begann das von den USA angeführte NATO-Militärbündnis einseitig mit der Bombardierung des ehemaligen Jugoslawiens an 78 aufeinander folgenden Tagen. Unter dem zynischen Vorwand des «humanitären Schutzes» wurden Tausende Zivilisten bei einem militärischen Angriff auf dieses Land getötet, der seinerzeit von den Vereinten Nationen nicht gebilligt worden war. Die Bombardierung erfolgte, wie der Irakkrieg nur vier Jahre später, auf der Grundlage eines einseitigen Vorgehens Washingtons und seiner westlichen Verbündeten.

Ein Blick auf den Kalender zeigt leider zahllose solcher abscheulichen Jahrestage unrechtmässiger amerikanischer und westlicher militärischer Aggression. Der 19. März markiert unter anderem die NATO-Bombardierung Libyens im Jahr 2011.

In einem eindringlichen Essay von Ron Ridenour für die Strategic Culture Foundation werden wir an die aussergewöhnliche Kriegstreiberei der Vereinigten Staaten und ihrer imperialistischen Partner erinnert. Gemessen an der Zahl der überfallenen Länder und der daraus resultierenden Todesopfer, einschliesslich des ersten Einsatzes von Atombomben, sind die USA sicherlich aus den falschen Gründen «aussergewöhnlich». Doch was die Bilanz noch schrecklicher macht, ist die Straffreiheit. Die kollektive Amnesie gegenüber dem Irak-Krieg ist vielleicht das verdammenswerteste Symptom der Straflosigkeit der letzten Jahrzehnte. Sie entlarvt auch die Heuchelei und den moralischen Bankrott der sogenannten «regelbasierten Weltordnung», von der Washington und seine westlichen Lakaien ständig schwärmen. Die «regelbasierte Weltordnung» ist eine Orwellsche Schönfärberei für Gesetzlosigkeit und Raubbau durch Schurkenregime, die die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht mit Füßen treten.

Die chronische Straffreiheit, an die sich die Vereinigten Staaten bei der mörderischen Verfolgung ihrer imperialistischen Ziele gewöhnt haben, bedeutet, dass sie ihre Schurkenstaat-Raubzüge niemals einstellen. Sie sind Wiederholungstäter, weil sie nie zur Rechenschaft gezogen wurden. Es gibt hier eine Analogie zu der Art und Weise, wie Washington die Privilegien, die dem Dollar als Weltreservewährung verliehen wurden, unerbittlich missbraucht. Washington schmarotzt auf der ganzen Welt, indem es Dollars druckt und unangemessene Rechte für unverdiente Dienstleistungen und Waren erhebt. Die Machenschaften scheinen nie aufzuhören, weil es keine Rechenschaftspflicht gibt.

Ebenso hört die Kriegstreiberei der Vereinigten Staaten nie auf. Die Blutgier ihrer kapitalistischen Macht und ihrer imperialistischen Bedürfnisse hört nie auf. Die Kriminalität wird zugelassen, weil die westlichen Medien zum grossen Teil dazu dienen, die Verbrechen mit erfundenen Entschuldigungen und Lügen zu vertuschen. Die Kriege in Korea und Vietnam in den 1950er und 60er Jahren wurden als «Kreuzzüge gegen den Kommunismus» beschönigt, anstatt als die völkermörderischen imperialistischen Amokläufe, die sie waren, berichtet zu werden. Die Straffreiheit für diese enormen Verbrechen führte dann zu weiteren Kriegen und Verbrechen. Der Irakkrieg fügt sich in diesen Zusammenhang ein.

Aber es gibt auch den historischen Faktor der Sowjetunion und des vermeintlichen Sieges der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg. Ohne eine kontrollierende Gegenmacht verzehrten sich die US-Machthaber in der Arroganz ihrer vermeintlichen «unipolaren» Dominanz. Es ist kein Zufall, dass die Vereinigten Staaten nach 1991 und der Auflösung der Sowjetunion noch ausschweifendere imperialistische Kriege führten und die tyrannische Vorstellung einer «regelbasierten Weltordnung» vertraten. Die USA und ihre westlichen Verbündeten haben in kurzer Zeit einen permanenten Kriegszustand auf dem Planeten herbeigeführt. Die von den USA geführten Kriege und verdeckten Interventionen u.a. in Somalia, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, im Jemen, in Syrien, in Georgien und in der Ukraine entsprachen allesamt dem selbstgewählten Recht des NATO-Bündnisses auf Expansion gegenüber Russland. Derselbe militärische Expansionismus unter Führung der USA ist gegenüber China im Gange.

Dies ist der richtige Kontext, in dem der aktuelle Krieg in der Ukraine verstanden und bewertet werden sollte. Gleiches gilt für die unerbittliche militärische Aufrüstung gegen China im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten heizen den Konflikt in der Ukraine an, indem sie endlose Mengen an Waffen in dieses Land liefern. Der jüngste Schritt zur weiteren Eskalation ist die Ankündigung Grossbritanniens, Artilleriegranaten mit abgereichertem Uran an die Ukraine zu liefern. Diese giftigen Waffen wurden von den USA, Grossbritannien und den NATO-Streitkräften im ehemaligen Jugoslawien und im Irak eingesetzt, was zu einer beispiellosen Zahl von Krebstoten und Geburtsfehlern in der Zivilbevölkerung geführt hat. Auf das Verbrechen der Straflosigkeit folgt wieder einmal ein weiteres Verbrechen.

Die moralisch bankrotten westlichen Medien haben gelogen, um den Irak-Krieg zu beginnen, so wie sie auch andere Kriege für ihre imperialen Herren pflichtbewusst begonnen haben. Zwanzig Jahre nach dem Verbrechen des 21. Jahrhunderts, bei dem sie Beihilfe geleistet haben, sind die westlichen Medien wieder dabei. Jahrhunderts sind die westlichen Medien wieder dabei, der Welt zu erzählen, dass Russland ein Aggressor in der Ukraine ist und dass Russland und China «eine Bedrohung für die westliche Demokratie» darstellen.

Bei einem Staatsbesuch in Moskau in dieser Woche erklärten Chinas Präsident Xi Jinping und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin die Notwendigkeit einer ernsthaften Diplomatie zur Lösung des Konflikts in der Ukraine. Die westlichen Mächte und ihre Lakaien in den Medien reagierten, indem sie eine solche Diplomatie ablehnten und stattdessen versuchten, Russland und China als Schurken gegen die globale Sicherheit zu diffamieren.

Es ist recht einfach zu erkennen, wer die wahren Schurken und Lügner sind. Der Irakkrieg ist einer von vielen solchen Prüfsteinen.

QUELLE: IRAQ WAR 20 YEARS ON... COLLECTIVE WESTERN AMNESIA OVER ANGLO-AMERICAN CRIME OF CENTURY
Quelle: <https://uncutnews.ch/irak-krieg-20-jahre-spaeter-kollektive-westliche-amnesie-ueber-das-anglo-amerikanische-jahrhundertverbrechen/>

DEUTSCHER KÖNIG OHREN-KARL

Ein Medien-Märchen würde wirklich wahr

Autor: Uli Gellermann, Datum: 30.03.2023

Die deutschen Medien machen es täglich: Ein echter König ist im Land, und sie wissen sich vor Untertänigkeit nicht zu lassen. Die Frau, die ihn begleitet, wird vor lauter Begeisterung zur «Königsgemahlin», Gemahlin allein hätte es nicht getan. Alles ist «royal»: die Fahrt mit dem ICE genauso wie die Übernachtungen. Der SPIEGEL hat eine eigene Serie aufgelegt: «Watching the Royals». Man spricht Englisch, indeed! Der Berliner TAGESPIEGEL stellt die Fragen aller Fragen: «Sollte man auch als Bürgerlicher auf royale Bräuche achten?» Yes, Sir!

Berlin, elf Grad, der König ist da

Es ist guter Brauch, dass man den vielen Königen in der Geschichte Beinamen gibt: Gustav der Dicke, Friederich der Lahme, August der Besengte, zum Beispiel. Für den Deutschland zur Zeit Beehrenden bietet sich König Ohren-Karl an. Wer sein Foto kennt, der weiss warum. Einen eigenen Namen braucht er vor allem für den Fall, dass er auch König von Deutschland wird. Gemessen an der Medien-Aufgeregtheit und den ehrfürchtig triefenden Stimmen der Berichterstatter ist er es ohnehin schon. «Berlin, elf Grad, der König ist da», verkündet die ZEIT, und man hört den Stab des Zeremonienmeisters dreimal auf den Boden klopfen.

Übung im Untertanen-Gehorsam

Könige und Königinnen braucht der Manipulations-Apparat: Die immer guten Fürsten sind die Projektions-Figuren der Sehnsucht nach den Märchen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann wird alles gut! Mit ihnen lässt sich Untertanen-Gehorsam so schön einüben. Mit Ohren-Karl hätten die Deutschen einen besonders tapferen König. Aus dem Atom-Bunker des Buckingham-Palasts heraus hatte er damals die Ausrüstung der britischen Soldaten im Irak-Krieg bemängelt. Offenkundig brachten die ihm zu wenig Iraker um. Auch hatte er einst, eindeutig aus Gründen der Krankheits-Reklame, sogar zweimal Corona. Und in diesen Tagen schickte er sogar seinen Sohn Prinz William nach Polen in ein ukrainisches Flüchtlingslager. Dort sagte der dann mutig: «Unsere Nationen haben starke Verbindungen. Durch unsere Zusammenarbeit zur Unterstützung des ukrainischen Volkes und seiner Freiheit, die auch unsere und eure Freiheit ist, werden diese Beziehungen weiter gestärkt.»

Ein Monarch im Bundestag

Prinz William absolvierte 2012 einen sechswöchigen Einsatz auf den Falklandinseln. Dort hatten die Briten 1982 einen blutigen Krieg exerziert, um einem konservativen Wahlkampf die richtige Würze zu geben. Im Jahr darauf verdreifachte Margret Thatcher bei der Wiederwahl die Mehrheit der Unterhaussitze ihrer konservativen Partei – trotz drei Millionen Arbeitsloser, hoher Zinsen und zahlreicher Firmenpleiten. Daran wollen deutsche Medien nicht erinnern. Die Tagesschau berichtet lieber weihevoll: «Ein Monarch im Bundestag» und weiss von den Fräcken der Herren und dem wertvollen Schmuck der Damen beim «Staatsbankett» eindringlich zu erzählen. Endlich ist die angebliche Nachrichtensendung bei ihrer Berufung angekommen: Dem sabbernden Herrschaftsmedium am Rand der Macht. Man sendet in eine glückliche Zukunft, auf den Tag hoffend, an dem Ohren-Karl den Platz von Steinmeier einnimmt.

Honi soit qui mal y pense

Kanzler Scholz fehlte beim Staatsbankett, er wird nachsitzen müssen. Immerhin entging ihm dieser königliche Satz: Die deutsche Unterstützung für die Ukraine sei «mutig, wichtig und willkommen». Karl betonte dabei Deutschlands und Grossbritanniens Führungsrolle. Auf die NATO-Führung können sich die Kriegstreiber immer verlassen: Den Mut zu Überfällen, ob in Afghanistan, Irak oder Libyen hat das Kriegsbündnis immer. Sie sollte mit dem britischen Hosenband-Orden ausgezeichnet werden: «Hony soyt quy mal y pense», ein «Schelm der Böses dabei denkt» ist dessen Wahlspruch. Denn natürlich haben die mörderischen NATO-Truppen es immer nur gut gemeint.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/deutscher-koenig-ohren-karl>

Die Corona-Impfung mit dem Präparat von Pfizer/BionTech erwies sich laut AIFA als besonders tödlich.

Foto: Ali Raza / pxhere.com, Italien, 30. März 2023 / 18:20 Uhr

Bewusst gelogen und irreführt: Neue Dokumente zur Corona-Impfung schockieren

Die neue rechte Regierung in Italien hat bei ihrem Amtsantritt versprochen, die Hintergründe der Corona-Politik aufzudecken. Gesagt, getan, wurden jetzt Dokumente der staatlichen Arzneimittelagentur AIFA veröffentlicht. Der private Fernsehsender Rete4 (Mediaset) berichtete am Dienstag darüber. Schon der Titel der Sendung gibt zu denken auf:

Geheime Dokumente zu den Impfungen: So haben sie die Wahrheit verschwiegen.



Nebenwirkungen bald nach Impfbeginn bekannt

Interne Dokumente zeigen, dass bereits drei Wochen nach Beginn der Corona-Impfung, also nach dem ersten Stich, der AIFA und damit der Regierung bekannt war, dass die Präparate massiv unerwünschte Nebenwirkungen vor allem bei Genesenen hervorriefen. Denn Genesene verfügen bereits über eine Immunabwehr, weshalb eine Impfung nicht nur keinen Nutzen bringt, sondern für das Immunsystem kontraproduktiv ist.

Die AIFA erwartete noch grössere Probleme für die Menschen nach der zweiten Impfung. Und das traf auch ein: Drei Wochen nach Impfbeginn wussten die offiziellen Behörden bereits von 69 Impftoten, die an Schlaganfällen, Blutgerinnseln, Herzkreislaufstörungen infolge der Impfung sowie gesondert an »schweren Thrombose durch AstraZeneca-Impfstoff« verstorben waren.

Gegenteilige Politik

Schon im Jänner 2021 stellte die AIFA fest, dass »mit Sicherheit die Tatsache, die Krankheit bereits gehabt zu haben, Eingang in die Nutzen-Risiko-Abwägung finden« müsse. Tat es allerdings nicht. Im Gegenteil. Die italienische Regierung unter Mario Draghi (Ex-Chef der Europäischen Zentralbank und Brüssels Liebling) erliess ein Jahr später sogar eine Impfpflicht für alle über 50-Jährigen und alle Ärzte (sogar Tierärzte), das gesamte Gesundheitspersonal, Altenpfleger, Polizisten und Militärangehörige, egal ob sie bereits genesen waren oder nicht.

Impftote interessierten nicht, nur das Geschäft

Laut den AIFA-Dokumenten starben die ersten 69 gemeldeten Todesfälle hauptsächlich am Impfstoff von Pfizer/BionTech, nämlich 51. Acht Todesfälle waren auf das Präparat von AstraZeneca und neun auf jenes von Moderna zurückzuführen.

Drei Tage später, wir schreiben den 18. Jänner 2021, reagierte der AIFA-Generaldirektor, was nun die Wogen in Italien hochgehen lässt. Er sagte damals:

«Das scheint mir alles sehr viel, ja zu viel Gewicht auf unzusammenhängende Ereignisse zu legen ...» So tötet man diesen Impfstoff.

Das war es also, worum es ging.

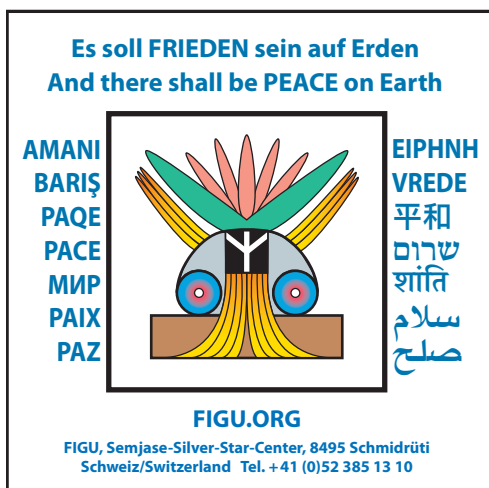
Gefährlichkeit der Corona-Impfung bewusst vertuscht

Die AIFA wusste nicht nur schon zu Beginn der Impf-Kampagne, dass die Impfung zum Tod führen kann, sie war offenbar selbst von der Dimension geschockt.

Im April 2021 schrieb sie in ihrem 4. Bericht zur Impfstoffsicherheit von 223 Impftoten und dass es eine Untererfassung von »Impf-Fällen mit Todesfolge« geben dürfte. Dies findet sich allerdings nicht in der veröffentlichten Version des Berichts, dort wurde versucht diese vermutete Untererfassung »umzuformulieren«. Da Zweifel an der Impfung nicht verhindert hätten werden können, war man »aber der Meinung, den Satz herauszunehmen«, also die Gefährlichkeit der Corona-Impfung zu vertuschen. Mit allen Folgen für die Bevölkerung: Von Nebenwirkungen bis hin zum Tod.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/174127-bewusst-gelogen-und-irregefuehrt-neue-dokumente-zur-corona-impfung-schockieren>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2022

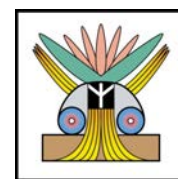
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz